Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzig[illegible] Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 832.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 26. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Dichtung und Wahrheit.

Es wäre ein Leichtes, nur mit einem Referat über die Plänkeleien und Einzelgefechte, welche nach den beiden Schlachttagen im Abgeordnetenhause am Sonnabend und Montag sich jetzt in der Presse auf der ganzen Linie der streitenden Parteien noch abspielen, mehr als eine Zeitungsnummer auszufüllen. Wir widerstehen aber der Versuchung, zu referiren, theils weil wir zu unserem Bedauern ohnehin voraussichtlich noch mehr als einmal auf den leidigen Gegenstand des Streites nothgedrungen werden zurückkommen müssen, theils weil die oben erwähnten Plänkeleien zum großen Theil einen persönlichen Charakter annehmen. Uns genügt es vollauf, unsere eigene Affäre mit Herrn v. Heydebrand und der Lasa heute zum Abschluß zu bringen, indem wir auf Grund des nunmehr vorliegenden stenographischen Berichtes die betreffende Stelle seiner Rede dem zu Grunde gelegten Artikel der „Posener Zeitung" gegenüberstellen.

Wir lassen zunächst folgen die von heydebrand und der lasa'sche

Dichtung.

Der Redner drückte sich wörtlich folgendermaßen aus:

„Meine Herren, es liegt mir hier vor ein Artikel aus der „Posener Zeitung", überschrieben: „Konservative Ausschreitungen." Dieser Artikel schildert den Fall, der hier in Berlin vorgekommen und bereits von Herrn Reichensperger erwähnt wurde. Ich unterlasse es aber, meine Herren, Ihnen die einzelnen Sätze mitzutheilen, weil ich mich mit Unwillen von diesen hier gebrauchten Worten und Wendungen abwende. Aber, meine Herren, den Schlußsatz, der mit ganz besonderem Applomb geschrieben ist, den kann ich Ihnen nicht vorenthalten. Der lautet folgendermaßen:

„Dieser" —

Also Kantorowicz

(Heiterkeit)

„nahm die Sache krumm, verabreichte dem einen der Helden eine Ohrfeige, womit die Judenfrage zu allseitiger Befriedigung erledigt war.

(Heiterkeit.)

Man muß zu jeder Zeit, an jedem Orte und bei jeder Gelegenheit gegen die Auswüchse der jetzigen konservativen Strömung protestiren."

(Lachen rechts.)

Und, meine Herren, das wagt ein Blatt zu schreiben in demselben Moment, wo alle übrigen Blätter des gleichen Kalibers in der höchsten sittlichen Entrüstung die Hilfe und den Schutz der Staatsregierung anrufen angeblichen Ausschreitungen gegenüber, die sich gegen das Judenthum richten. Nun, meine Herren, da frage ich doch wirklich ganz ruhig und objektiv: auf welcher Seite liegen hier die Ausschreitungen? Zweifellos auf Seiten der unter jüdischem Einfluß stehenden Presse.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, ich habe dem nichts weiter hinzuzufügen." —

(Bravo!)

In der That hätte Herr v. Heydebrand und der Lasa noch etwas sehr Nothwendiges hinzuzufügen gehabt, nämlich den ganzen von ihm geflissentlich unterdrückten wirklichen Schlußsatz des Artikels. Es folgt nun die

Wahrheit.

Unter „Lokales und Provinzielles" enthielt die „Posener Zeitung" in ihrer Mittagsausgabe vom Donnerstag, 11. November (Nr. 794), folgende Notiz:

[„Konservative" Ausschreitungen.] Die Früchte der Stöckerei beginnen zu Berlin in allerhand ärgerlichen Szenen aufzugehen. Von äußerlich den gebildeten Ständen angehörigen Personen werden auf Straßen oder öffentlichen Verkehrsanstalten einzelne Juden direkt insultirt oder durch in ihrer Gegenwart ausgestoßene Schimpfreden über die Juden im Allgemeinen herausgefordert. Einigen dieser Stöckerschen Apostel ist dies vor etlichen Tagen, am Montag, schlecht bekommen. Sie insultirten im Pferdebahnwagen einen dort zufällig befindlichen Juden, einen geborenen Posener, welcher sich seit einiger Zeit in Berlin niedergelassen. Dieser aber nahm die Sache krumm und verabreichte dem Einen der Helden eine Ohrfeige, womit diese „Judenfrage" zu allseitiger Befriedigung erledigt war. Man muß zu jeder Zeit, an jedem Orte und bei jeder Gelegenheit gegen die Auswüchse der jetzigen „konservativen" Strömung protestiren. Hierzu geben namentlich auch die **hiesigen Stadtverordnetenwahlen** von heute, morgen und übermorgen Gelegenheit.

Der schroffe Gegensatz zwischen dieser kurzen Gelegenheits-Notiz und der von heydebrand und der lasa'schen Ausbeutung liegt auf der Hand.

Wir haben, wie wir bereits gestern hervorhoben, die skandalöse berliner Pferdebahn-Affaire mit den kurzen, oben zitirten Worten ohne jede Namensnennung abzumachen gedacht. Wir haben dabei nur angedeutet, daß in Berlin, wie uns bekannt war, auch andere Provokationen gegen Juden vorgekommen waren. Für alle diese Ungehörigkeiten und beklagenswerthen Vorgänge machten und machen wir heute noch die Stöckerei, diesen unzweifelhaften Auswuchs der jetzigen konservativen Strömung, verantwortlich und forderten auf, gegen diese ganze schädliche Richtung stets, überall und bei jeder Gelegenheit, also auch bei den posener Stadtverordnetenwahlen, zu protestiren.

Was aber hat aus dieser kurzen, hingeworfenen Notiz Herr v. Heydebrand und der Lasa gemacht? In den einleitenden Bemerkungen zu der betreffenden Stelle seiner Rede weckt er geflissentlich die Vermuthung, als ob es sich um eine längere Ausführung der „Posener Zeitung" handle, welche in Worten und Wendungen gehalten sei, von denen man sich mit Unwillen abwenden müsse. Darum, d. h. also um die Ohren der Hörer nicht zu beleidigen, greife er nur eine Stelle, und zwar, wie er sagt, den Schlußsatz heraus.

Nicht genug damit; Herr v. Heydebrand und der Lasa hat nun auch noch die von ihm aus der kurzen Notiz herausgerissenen Sätze tendenziös entstellt. Er hat aus der lediglich auf den kantorowicz'schen Fall angewandten sarkastischen Wendung

„womit **diese** „Judenfrage" zu allseitiger Befriedigung erledigt war,

gemacht:

„womit die Judenfrage zu allseitiger Befriedigung erledigt war."

Eine sehr zweckentsprechende Aenderung. In der nunmehrigen Form konnte dem Satz die Bedeutung beigelegt werden, die „Posener Zeitung" erblicke in der Verabreichung von Ohrfeigen an die antisemitischen Eiferer die richtige Lösung der Judenfrage.

Damit dieser Zweck, nämlich diese falsche Deutung unserer Notiz ja recht sicher erreicht werde, zitirte sodann Herr v. Heydebrand und der Lasa noch einen zweiten Satz jener Notiz,

„Man muß zu jeder Zeit . . . . . gegen die Auswüchse der jetzigen konservativen Strömung protestiren."

So mußte es erst recht erscheinen, als ob wir geradezu dazu aufforderten, gegen konservative Heißsporne allüberall mit Ohrfeigen aufzutreten.

Diesen Erfolg erzielte Herr v. Heydebrand und der Lasa freilich um einen traurigen Preis; während er nämlich behauptete, nur den Schlußsatz unseres Artikels zitiren zu wollen, ließ er gerade den Schlußsatz weg. Dieser lautete:

„Hierzu geben namentlich auch die hiesigen Stadtverordnetenwahlen von heute, morgen und übermorgen Gelegenheit."

Er unterdrückte also den Schlußsatz, der freilich den ganzen Effekt seines „Zitats" und der zum Schlusse von ihm an dasselbe geknüpften Randglossen vernichtet hätte. Diese „Irrthümer" begegneten dem Herrn v. Heydebrand und der Lasa nicht etwa beim Zitiren aus dem Gedächtnisse, sondern beim Vorlesen.

Wir haben dem Nichts weiter beizufügen.

Das posener Wollgeschäft.

Mehr und mehr gewinnt mit jedem Jahre der posener Wollmarkt an Bedeutung, indem die Zufuhren aus unserer Provinz die sich früher meistens dem breslauer Woll- markt zuwandten, jetzt eine naturgemäßere Ablenkung nach der Hauptstadt des Großherzogthums finden. Ueber die Lage dieses wichtigen Geschäfts in der Stadt Posen während des Jahres 1879 giebt der diesjährige Bericht der posener Handelskammer folgendes Resumé:

„Das Geschäft ließ zu Anfang des Jahres jede Lebhaftigkeit vermissen, obschon im Allgemeinen gute Meinung für den Artikel nicht zu verkennen war. Die Reichsbank hatte im Januar die Diskonto-, wie Lombardsätze auf 4 resp. 5 pCt. reduzirt. Die in London abgehaltenen Wollauktionen nahmen lebhaften Verlauf bei kleiner Preissteigerung; auch wurde dort an der Hand statistischen Materials nachgewiesen, daß die Einfuhr von Kolonialwollen im Jahre 1878 gegen 1877 sich abgeschwächt habe, daß ferner in Folge großer Abgänge in den Schafheerden die diesjährigen Zufuhren aus Australien und den La-Plata-Staaten voraussichtlich wieder geringer sein würden als 1878. Zudem zeigte sich hierorts einiger Bedarf seitens inländischer Fabrikanten sowohl, wie für Rußland, und es fand deshalb im Januar ein Absatz von ca. 1000 Ztr. zu 162—174 Mk. statt. Von da bis zu Ende der Kampagne behielt das Geschäft die gleiche Physiognomie; es war ein nur durch geringe Schwankungen unterbrochenes Gleichbleiben der Preise neben einer stets fortschreitenden Verringerung der Lagerbestände zu konstatiren, welche letzteren zu Ende Mai auf ca. 1000 Ztr. (inkl. ca. 500 Ztr. Schmutzwollen) zusammengeschmolzen waren. Die Geschäftslage schien gesund und bei den verhältnißmäßig nicht hohen Preisen Unternehmungen ungefährlich; so konnte sich im April und Mai ein reges Kontraktgeschäft entwickeln. Voran gingen schlesische Händler, die in der breslauer und glogauer Gegend bedeutende Posten an sich brachten zu Preisen, welche die letztjährigen um 10—12 Mk. überstiegen. Was in unserer Provinz während dieser Zeit zum Abschlusse kam, zeigte einen gleichen Werthaufschlag, der sich zum Anfang Juni auf 15—20 Mk. erhöhte. Die ersten schlesischen Wollmärkte verliefen unter einer Preissteigerung von 12—18 Mk. In Anbetracht dessen, daß diese Märkte im vorigen Jahre wesentlich billiger waren, als die zu Breslau und hierorts abgehaltenen, trat eine Abkühlung ein, das Kontraktgeschäft gerieth ins Stocken, von welchem es erst befreit wurde, als von der londoner Juni-Auktion steigende Preise gemeldet wurden. Bei genügendem Entgegenkommen seitens der Produzenten wurden dann in unserer Provinz größere Abschlüsse bewerkstelligt zu einem Preisaufschlage von 20—25 Mk. Der Wollmarkt in Breslau rechtfertigte diese Tendenz nicht; dort brachten feinste Wollen allerdings 15—25 Mk. mehr als im vorigen Jahre, dagegen partizipirten geringere und mittlere Qualitäten wenig oder gar nicht an der höheren Notirung. Zum hiesigen Markte trafen schon am 11. Juni Käufer zahlreich ein und nahmen ansehnliche Posten neu angekommener Wollen von den Lägern, wie unbesehen aus den Marktzufuhren bekannte Stämme zu einem Aufschlage von 15—20 Mk. gegen voriges Jahr. Der offene Wollmarkt, welcher erst am 12. früh begann, ließ jede Lebhaftigkeit vermissen. Abschlüsse kamen bei einer Preiserhöhung von 6—15 Mk. zu Stande, ohne daß sich auch nur vorübergehend eine Animirtheit bemerkbar machte; am Abende hatten die Zufuhren bis auf kleine Reste die Besitzer gewechselt und der Markt konnte als beendet betrachtet werden. Die Wäschen waren im Allgemeinen besser, das Schurgewicht um circa 5 Proz. ergiebiger als im vorigen Jahre. Die Marktzufuhren betrugen 20,240 Ztr. gegen 21,112 im Jahre 1878. Es wurden, insoweit sich dies unter allgemeiner Bezeichnung feststellen läßt, folgende Preise angelegt: für hochfeine [illegible] bis 225 Mark, für Mittelwollen 170—190 Mark, für geringe Dominialwollen 150—170 Mark, für Rustikalwolle 130—145 Mark per Ztr. Käufer waren außer Fabrikanten aus Frankreich und Schweden inländische Fabrikanten und Großhändler, auch solche vom Platze. Aus dem Königreiche Polen war zu Markte nur wenig eingetroffen, wohl aber kamen später in Folge dort gemachter bedeutender Abschlüsse ansehnliche Posten heran, so daß zu Anfang August das hiesige Wolllager auf circa 10,000 Zentner sich belief. Die folgenden, mit dem berliner abschließenden Wollmärkte hatten einen dem hiesigen ziemlich gleichen Verlauf: überall ruhiger Geschäftsgang bei kleinem Preisaufschlage; diese Signatur behielt das Geschäft noch in den Monaten Juni und Juli, während welcher Zeit nur geringe Umsätze zu Stande kamen. Die londoner Wollauktion zu Mitte August war ohne besondere Rückwirkung auf unseren Platz; das Geschäft ruhte vollkommen, und erst im September zeigte sich Nachfrage, die einige Umsätze zu einem Preisabschlage von 3—15 Mark ins Leben rief. An der leipziger Michaelismesse erfreuten sich Wollfabrikate eines lebhaften Absatzes zu befriedigenden Preisen. Trotzdem wurde hier größere Nachfrage nach Wolle vermißt, nur wenige kleine Posten kamen zum Verkaufe an schwiebuser und sächsische Fabrikanten, sowie grünberger Händler. Erst in der zweiten Hälfte des Oktobermonats wurde es im Geschäfte lebhafter und fanden bei Entgegenkommen seitens der Verkäufer große Umsätze statt. Im November und Dezember traten Fabrikanten aus Schwiebus und Großenhain, außerdem Kommissionäre aus Berlin kaufend an den Markt, wobei circa 1500 Ztr. abgesetzt wurden zu Preisen, welche die letztbezahlten um 6 Mark überstiegen, immerhin aber noch circa 9 Mark unter den Wollmarktspreisen blieben. Die Lagerbestände wurden fortwährend durch neue Zufuhren ergänzt".

Deutschland.

\+ **Berlin,** 24. November. Die Konferenz deutscher Armenpfleger, welche an den beiden letzten Tagen dieser Woche auf dem Rathhause hier stattfinden soll, wird voraussichtlich zu periodisch wiederkehrenden Versammlungen, wenn nicht zu einem festen Verein führen. Die sonst noch auf der Tagesordnung stehenden materiellen Fragen gewähren den zusammentretenden erfahrenen Männern die Gelegenheit, das Bedürfniß nach solchem regelmäßigen Austausch an konkreten Stoffen und realen Debatten zu prüfen. Wir haben ja nicht, wie England, ein Armen-Amt, dessen Chef zum Ministerium gehört; unsere Gesetzgebung hat die öffentliche Unterstützungspflicht auf die Kommunen des Landes vertheilt, aber in das Praktische der Armenpflege geht sie kaum tiefer ein. Bei der Zartheit des Gegenstandes und der großen Verschiedenartigkeit der Verhält-

nisse zwischen Ost und West, zwischen Stadt und Land, zwischen Großstädten und Kleinstädten, ja zwischen alten und jungen Städten wäre zu tiefes Eingreifen der Gesetzgebung und der Staatsbehörden auch garnicht einmal wünschenswerth. Der regelnde Faktor ist im Wesentlichen die Kommune oder der Kommunalverband, und muß es bleiben; dann aber wird es sofort zweckmäßig, daß die Kommunalverwaltungen einander gegenseitig ihre Erfahrungen mittheilen, und zwar etwas unmittelbarer, lebendiger, als durch Zusendung dickleibiger Jahresberichte oder durch die öffentlichen Blätter geschehen kann. Erfolgreiche Versuche, gute wirksame Einrichtungen sollten durch entsprechend vorbereitete freie öffentliche Diskussion auf ein Piedestal gehoben werden können, von welchen aus sie allen redlich sich abmühenden Behörden in die Augen fallen zur Erleichterung ihrer Sorgen. Gegen trägen Schlendrian, gedankenlose Routine, und die der Armenpflege im Wege stehenden falschen Anschauungen oder Neigungen des Publikums wäre es nützlich, eine lautere, nachdrücklichere Kritik richten zu können, als wozu der Einzelne lokal etwa Raum und Mittel besitzen mag. Es gilt, auf dem Grunde soliden fachmäßigen Studiums, sowohl praktischem wie theoretischem, allmählich eine gewisse öffentliche Meinung über die Behandlung der Massenarmuth zu bilden. Wenn es darauf aber den sich versammelnden deutschen Armenpflegern ankommt und nicht blos auf untergeordnete Verständigungen über zweckentsprechende statistisch bequeme Aufstellung ihrer Haushaltspläne, auf Abkürzung der interkommunalen Korrespondenz und dergleichen, so müssen sie die Vertreter der Wohlthätigkeitsvereine zu ihren Zusammenkünften dauernd und gleichberechtigt mitheranziehen. Nur dadurch gewinnt das zu bearbeitende Gebiet vollen Inhalt und einen rationellen Abschluß. Die Tagesordnung, welche Herr Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Straßmann gemeinsam mit Herrn A. Lammers in Bremen aufgestellt hat, berücksichtigt sowohl das amtliche wie das private Interesse an der Armen-Fürsorge. Jenem entsprechen die Fragen 4 und 5: Einfluß der neueren Gesetzgebung auf die öffentliche Armenpflege und Erleichterung des Verkehrs der Armenverbände untereinander; diesem 1) die Maßregeln zur Unterdrückung der Bettelei, 2) die Organisation der freien Wohlthätigkeit, Anlehnung derselben an die gesetzliche Armenpflege, 3) Betheiligung der Frauen an der Armen- und Wohlthätigkeits-Pflege. Aber keine Armenbehörde, die nur eine Spur von Gefühl für die auf ihr ruhende moralische und sozialpolitische Verantwortlichkeit hat, wird deshalb wähnen, die Nummern 1, 2 und 3 gingen sie nichts an. Wenn sie weiß, was ihr obliegt, wird sie diesen Gegenständen sogar noch höhere Theilnahme entgegenbringen, als den Fragen 4 und 5. Für die Organisation des Kongresses, dessen Vorläuferin die Konferenz sein wird, gibt es ja nicht wenige Muster. Mehr als das etwas lockere Gefüge des Juristentags und des volkswirthschaftlichen Kongresses, mehr aber auch als die straffe Textur des Handelstages empfiehlt sich wohl das Vorbild des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, dessen meistinteressirten Kern ja ebenfalls die Kommunen als solche bilden, aber ohne das nützlich belebende Element von Vereinsvertretern und freiwilligen Liebhabern fernzuhalten.

Berlin, 24. Nov. [Fortschrittlicher Wahlerfolg. Abgeordnetenhaus.] Die Fortschrittspartei hat schon wieder einen überraschenden Wahlerfolg, wenn auch nur einen vorläufigen, zu verzeichnen. In Sachsen-Altenburg, wo bis dahin noch niemals eine fortschrittliche Stimme abgegeben ist, kommt bei der Nachwahl für den Freikonservativen Findeisen der fortschrittliche Baumeister Kämpfer aus Erfurt zur engeren Wahl mit dem rechts-nationalliberalen Regierungskandidaten Rechtsanwalt Grosse, während die Kandidaten der Deutschkonservativen und der Sozialdemokraten für die Stichwahl ausfallen. Bei der Wahl 1874 siegte der Nationalliberale Abg. Wagner über einen Sozialdemokraten als einzigen Gegner (12,460 Stimmen gegen 3947), 1877 derselbe (mit 12,914) über einen Sozialdemokraten (4489) und einen Deutschkonservativen (1404). 1878 stellte das nationalliberale Komite der Regierungspartei aus Besorgniß vor den Agrariern den freikonservativen Landrath Findeisen auf, der nun als einziger nationalliberal-konservativer Regierungskandidat mit großer Mehrheit gewählt wurde (13,510 Stimmen gegen 3652 sozialdemokratische und 1435 Volkspartei). Ueber die am Montag stattgefundene Nachwahl fehlen zwar die Resultate aus Ortschaften, die an 6000 Stimmzettel erwarten lassen, aber an dem Ergebniß, daß es zur Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Kandidaten, den auch der Reichstags-Abgeordnete Stephani-Leipzig in Versammlungen unterstützt hat, und dem fortschrittlichen Kandidaten kommt, für den die Reichtags-Abgg. H. Hermes und Träger gesprochen haben, ist bei noch so vorsichtiger Berechnung nicht mehr zu zweifeln. Jedenfalls wieder ein Anzeichen mehr, daß man sich nicht blos in den freihändlerischen Wahlkreisen der Küste, sondern auch im Herzen Deutschlands von der Bismarck'schen Politik abwendet. Wie wäre es sonst möglich, daß der fortschrittliche Kandidat, der kein Altenburger, sondern ein in Preußen wohnhafter Mecklenburger ist und kaum 14 Tage vor der Wahl aufgestellt wurde, bis dahin nirgends im ganzen Lande auch nur dem Namen nach bekannt war, eine so große Stimmenzahl bekam? Nicht der Person, sondern nur dem vertretenen Programm wurden sie gegeben. — Die heutige Berathung des Etats der Domänen im Abgeordnetenhause gab zu lebhaften Diskussionen über die Anschauungen und Wünsche der Agrarier Anlaß. Der konservative Freiherr v. Minnigerode, der wilde v. Ludwig und der klerikale Freiherr v. Schorlemer-Alst kramten ihre agrarischen Klagen über Rückgang der Landwirthschaft, über Freizügigkeit, über Gütertheilung u. dgl. aus, wurden indessen von dem nationalliberalen Bürgermeister Grumbrecht-Harburg und dem fortschrittlichen Gutsbesitzer Dirichlet und Eugen Richter energisch zurückgewiesen. Richter stellte dabei zur Unzufriedenheit des Zentrums wieder fest, daß dieses allerdings in seiner großen Mehrheit die Schwenkung zu der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers, zu den Schutzzöllen, Korn- und Petroleumzöllen erst gemacht hat — nach dem Reichskanzler, daß somit die Darstellung Schorlemer's, als ob das Zentrum stets dieselben Grundsätze vertreten und nur der Reichskanzler sich zu diesen neu bekehrt habe, total falsch ist. Sehr sanft und friedlich verlief sodann die Berathung über den Forstetat, da alle Parteien mit dem Ministerium darüber einig sind, daß eine Vermehrung unseres Forstbestandes durch Neuaufforstungen Seitens des Staates und der Kommunen um so nöthiger ist, als die Waldverwüstung in Galizien, Rußland, Skandinavien und Amerika immer größere Dimensionen anzunehmen scheint. Als beim Etat für die Landwirthschaft die Verhandlung vertagt wurde, kündigte die Fortschrittspartei an, daß sie an die Ausgabeposition des Gehaltes des Landwirthschaftsministers eine eingehende Besprechung der neuen Verordnung über den Volkswirthschaftsrath anknüpfen werde. Diese Besprechung wird demnach am Freitag stattfinden. Die Fortschrittspartei ihrerseits hat den Gegenstand in einer gestrigen Fraktionssitzung berathen. Man war einstimmig der Ueberzeugung, daß der Volkswirthschaftsrath durchaus keinen Nutzen bringen könne, vielmehr nur die Verantwortlichkeit der Minister schwäche und dem Reichskanzler eine neue Handhabe gebe, jede neue Idee volkswirthschaftlicher Gesetzgebung auch gegen die Ansicht der Minister mit dem Nimbus sachverständiger Autorität zu umgeben, um sie mit aller Macht durch Bundesrath und Volksvertretung durchzudrücken. Auch darüber, daß die Verordnung mit der preußischen Verfassung nicht vereinbar ist, kann man kaum zweifelhaft sein.

— Die halbamtliche „Provinzial-Korrespondenz“ schreibti:

„De Errichtung des Volkswirthschaftsraths darf als ein neues Anzeichen dafür gelten, daß die Absichten, welche Fürst Bismarck bei der Uebernahme des Ministeriums für Handel und Gewerbe für das Wohl der arbeitenden Klassen und die Wohlfahrt des Gewerbes verfolgte, festgehalten werden. Bald nach dem Austritt seines neuen Amtes sprach er in einem Schreiben an das Präsidium der Handels- und Gewerbekammer in Plauen seine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Theilnahme von Sachverständigen bei Vorbereitung der Gesetzentwürfe von volkswirthschaftlichem Interesse aus. Damals betrachtete man mit Recht auch diese auf einen Sachverständigen-Beirath gerichtete Kundgebung als ein Signal der neuen Thätigkeit, welche der Reichskanzler auf sozialpolitischem Gebiete in Angriff nehmen wollte. Inzwischen wurden aber Stimmen des Zweifels über die Möglichkeit eines praktischen Erfolges wie über die reformatorischen Absichten des neuen Handelsministers laut, Stimmen, die vornehmlich aus dem Lager derer kamen, welche die wirthschaftliche Politik des Fürsten Bismarck bekämpfen und von den neuen Plänen auch auf diesem Gebiete ihre Grundsätze bedroht sahen. Der jetzt ins Leben gerufene Volkswirthschaftsrath tritt diesen Zweifeln entgegen und zeigt von Neuem, daß Fürst Bismarck an den von ihm für nothwendig erkannten Plänen im Interesse des Gesammtwohls unerschütterlich festhält und sie — soweit an ihm liegt — durchzuführen entschlossen ist. Wenn der Volkswirthschaftsrath zunächst nur für Preußen errichtet worden ist, so geschah dies nur aus äußeren Gründen; denn es bedarf längerer Vorbereitungen und Verhandlungen, um für das gesammte Reich ein derartiges Organ zu schaffen. Seine Ausdehnung auf das Reich liegt in der Absicht der kaiserlichen Regierung. Andererseits erschien es wünschenswerth, die Einrichtung eines Sachverständigen-Beiraths zunächst für die preußische Regierung nicht länger hinauszuschieben, weil die im Plan liegenden Gesetzvorlagen womöglich schon dem im Frühjahr zusammentretenden Reichstag vorgelegt werden sollen, diese aber der Prüfung von Sachverständigen zunächst in Preußen nicht entzogen werden sollen. Mit der Errichtung des Volkswirthschaftsraths ist die Vorbedingung für eine ersprießliche roformatorische Thätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete gegeben. In welcher Weise sich diese geltend machen wird, darüber dürften in Kurzem weitere Aufschlüsse erfolgen.“

— Offiziös wird über den Effekt der „Semiten-Debatte Folgendes geschrieben: „Ueber den Verlauf der zweitägigen, aus Anlaß der Interpellation Hänel im Abgeordnetenhause geführten Debatte ist Folgendes zu bemerken: Die Staatsregierung ist ersichtlich von dem Wunsche geleitet gewesen, die Veranlassung zu einer erregten Debatte abzuschneiden. Deutlicher konnte dies nicht an den Tag gelegt werden, als in der Erklärung, daß die Regierung erstlich mit der Angelegenheit amtlich noch gar nicht befaßt sei, daß sie aber zweitens nicht daran denke, eine Aenderung der die Unabhängigkeit der staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntniß aussprechenden Verfassungsbestimmung herbeizuführen. In der letzteren Erklärung, zu der wenigstens eine direkte Verpflichtung aus dem Stande der Angelegenheit nicht herzuleiten war, lag ein Entgegenkommen gegen die Seite, von welcher die Interpellation ausgegangen war. Um so verwunderlicher war es, daß Herr Virchow die Erklärung „kühl bis ans Herz hinan“ fand, als ob derartige Erklärungen der Staatsregierung der Ort wären, eine besondere Gefühlswärme zu entwickeln. Der Wunsch der Regierung, eine erregte Debatte wo möglich vermieden zu sehen, ist indeß nicht in Erfüllung gegangen, weil die konservative Partei und das Zentrum die Stellung der Interpellation wohl nicht ohne Grund als eine Provokation aufgefaßt hatten und daher antworten wollten.

Eine Dorfgeschichte aus Esthland.

Von H. Truhn.

(Fortsetzung.)

Die Herren setzten sich an den Tisch und der Verwalter ging in das Vorzimmer, um die dort versammelten Bauern hereinzurufen. Gegen zwanzig traurige, angstvolle Gesichter erschienen darauf im Zimmer. Die Eltern und Verwandten mußten draußen bleiben und erwarteten dort mit Zittern das Schicksal der Ihrigen. Auch Ella und der alte Böttcher standen dicht an der Thür des Vorzimmers, die nur angelehnt war und horchten.

Zuerst wurden die Namen aller Derer, die nach den Seelenlisten jetzt zur Ziehung kommen sollten, verlesen, und dann wurde jede einzelne Person vor den Beamten beschieden.

„Jürri Reinert“ — rief der Beamte zuerst. — Unser wohlbekannter Freiwerber, der Peiopis, jetzt ein verheiratheter Mann, trat vor und sein Weib horchte mit klopfendem Herzen draußen an der Thür, was ihres Mannes Schicksal sein werde.

„Heißest Du Jürri Reinert?“ fragte der Beamte, und Jürri bejahte die Frage. — „Bist Du gesund?“ — Jürri verneinte. — Der Beamte! Was fehlt Dir denn? — Jürri: Ich habe eine Narbe am Fuß, die mich schmerzt, wenn ich längere Zeit in Stiefeln gehen muß. Jürri mußte seine Stiefel ausziehen, um die Narbe besichtigen und untersuchen zu lassen.

„Sie ist an den Knochen festgewachsen“, sagte der Beamte zum Gutsherrn. „Der Mensch darf nicht Soldat werden. Angewachsene Narben sind ausdrücklich als unzuläßig im Reglement aufgeführt.“

Jürri durfte nach Hause gehen und frohlockend empfing ihn seine Frau im Vorzimmer.

„Hat Dich eine Narbe am Fuß befreit?“ fragte Ella. „Ado hat ja eine am Arm. Großer Gott! das befreit vielleicht auch ihn.“

Unterdessen ging das Aufrufen jedes Einzelnen weiter fort und nachdem acht Mann als untauglich entlassen worden waren, wurde endlich der Name Ado's ausgerufen. Der Beamte fragte: „Bist Du gesund?“ Ado bejahte die Frage, fügte aber hinzu: „Eine Narbe habe ich aber auch und zwar hier am Arm.“ Der Gutsherr besah sich zuerst den Arm und sagte zu dem Beamten: „Sehen Sie doch, bester Nachbar! Diese famose Narbe. Die muß ihn doch gewiß unfähig machen zum Dienst. Wo hast Du denn diese Narbe her?“ Ado berichtete, daß er als Kind in eine Sense gefallen sei und sich am Arm schwer verwundet habe. Darauf untersuchte der Arzt den Arm, fand aber, daß die Narbe nicht an den Knochen festgewachsen sei, sondern sich leicht und lose im Muskel hin- und herschieben ließ. „Die nützt dem armen Burschen zu nichts; hat er denn sonst garnichts aufzuweisen? Sonst bist Du ganz gesund?“ fragte der Arzt. Ado konnte nicht antworten, denn Ella stürzte ins Zimmer und bestürmte mit neuen Bitten den Gutsherrn und die Beamten. „Ich bleibe ja als hilflose Bettlerin mit meinen zwei Kindern und dem alten Mann, seinem Vater, zurück“, rief sie. „Ado ist ja unser einziger Ernährer! wenn er fortgeht, sind wir ja dem Hungertode preisgegeben. Um Gotteswillen, habt Erbarmen mit uns!“

Nach einigem Nachdenken sagte der Beamte zum Gutsherrn: „Wissen Sie was! man kann noch Eins versuchen. Wenn die übrigen zur Ziehung herangezogenen Leute in Rücksicht darauf, daß dieses arme Weib wirklich mit ihren Kindern und dem alten Mann in einer hilflosen Lage zurückbleibt, falls ihr Mann ihr entrissen wird, freiwillig darauf verzichten, daß derselbe mitloost, so kann ich ihn gesetzlich befreien. Ich werde die Leute fragen, was sie davon denken.“ — „O, das wird zu nichts führen“ — erwiderte der Gutsherr. „Unter den Uebrigen sind ebenso gut Familienväter und Jeder wird dagegen sein, daß die ohnehin so geringe Zahl der Mitloosenden noch um eine Person verringert wird.

Und so war es denn auch. Die Leute wollten von nichts wissen und alles Vorstellen und Zureden des Beamten und des wackern Gutsherrn machte nicht den geringsten Eindruck auf sie. Der würdige Edelmann wandte sich an Ella mit den Worten: „Ich habe mein Möglichstes gethan, leider fruchtlos. Uebrigens ist ja die Gemeinde verpflichtet, für die zurückbleibende Familie eines Rekruten zu sorgen und ich werde darauf halten, daß es geschieht.“

Das arme Weib kehrte weinend auf ihren Platz an der Thür zurück und Ado trat zu seinen elf Leidensgenossen.

Die Loose waren fertig gemacht und lagen in einer verdeckten Schüssel. Die erste Ziehung bestimmt nur die Reihenfolge, in der die zweite und eigentliche stattfinden soll. Als Ado zum ersten Mal zog, erhielt er Nr. 1. Das war eine glückliche Vorbedeutung, denn die Leute greifen immer lieber aus der noch mit Loosen gefüllten Schale, als daß sie zuletzt die Nummern ziehen, die noch übrig geblieben sind. Lautlose Stille herrschte im Zimmer, als die Zettel zur entscheidenden Ziehung wieder zusammengerollt und in die Schüssel gethan wurden. Angstvolle Spannung malte sich auf den Gesichtern der Unglücklichen. Man hörte ihr schweres Athmen und auf mancher Stirn bemerkte man Schweißtropfen. Im Vorzimmer drängten sich zitternd die armen Angehörigen der loosenden Männer und Ella's Herz stand fast still vor unsäglicher Angst, als sie ihren Mann zuerst an den Tisch treten sah. Ado griff unter das Tuch und zog ein Loos heraus. Er öffnete es; aber Furcht und Gemüthsbewegung hatten ihn so verwirrt gemacht, daß er nicht lesen konnte, was auf dem Stückchen Papier in seiner zitternden Hand geschrieben stand. Er reichte das Blatt stumm dem Gutsherrn hin, der es ergriff und mit lauter Stimme „Nr. 4“ verkündete. Die Nummer wurde auf der Liste neben Ado's Namen eingetragen und dann ging die Ziehung weiter. Ella stand an der Thür und weinte stille Thränen neuer Hoffnung. Zwei Rekruten waren ja nur abzugeben und so war ja noch eine Möglichkeit der Rettung vorhanden. Freilich wäre Nr. 12 ein ganz sicherer Trost gewesen, aber Nr. 4 war doch wenigstens nicht Nr. 1 oder Nr. 2. Nachdem die Loosung beendet war, wurden die Rekruten, welche die vier ersten Nummern gezogen hatten, gemessen und zur Vorstellung bestimmt. Die Nummern 3 und 4 mußten mit zur Stadt, für den Fall, daß eine oder die andere von den zwei ersten Nummern für untauglich befunden werden sollte.

Im Hause des alten Böttchers wurde am Abend dieses Tages die Frage hin- und hergewendet, was wohl das Resultat der Loosung sein werde. Der alte Mann hatte gar keine Hoffnung und saß zuletzt, stumm vor sich hinstierend, auf seinem Bett, ohne etwas von dem zu bemerken, was um ihn her vorging. Ella hielt die Kinder umschlungen und weinte fortwährend, während ihr Mann Bestimmungen über das traf, was mit seinen geringen Habseligkeiten geschehen sollte für den Fall, daß er Weib und Kind verlassen müßte. Die armen Leute sprachen davon, wie es möglich zu machen wäre, so viel Geld aufzutreiben, daß Ado sich schlimmsten Falls freikaufen könnte. Aber wie sollte eine Summe von 300 Silberrubeln beschafft werden, die für einen Freikauf nöthig war.

Das waren leere Hoffnungen und das unglückliche Weib hielt sich mit aller Kraft des letzten und einzigen Trostes an den festen Glauben, daß die zwei ersten Nummern gewiß nicht für untauglich befunden werden würden. Am Morgen des anderen Tages ging sie aber doch noch zu einigen wohlhabenden Bauern, hoffend, die zum Freikauf nöthigen 300 Rubel zusammenzuleihen. Alles, was sie zusammenbringen konnte, machte in Summa aber

andererseits auch die Fortschrittspartei zeigen wollte, daß sie den Ausführungen der Gegenseite Rede zu stehen gerüstet sei. Den Wunsch der Regierung völlig getheilt hat nur die nationalliberale Partei. Was nun aber das Ergebniß der herbeigeführten Debatte betrifft, so hat dieselbe zu nichts weniger als zu einem klaren Verdikt geführt und dazu auch nicht führen können. Man kann sagen, daß die Sache in der öffentlichen Meinung genau so steht, wie sie vorher stand, daß die Gegensätze nicht geklärt und noch weniger beschwichtigt worden sind, eher könnte man das Gegentheil behaupten. Soviel ist aber gewiß, daß der Zweck, den die Fortschrittspartei durch die Interpellation unüberlegter Weise erreichen wollte, nämlich eine Verurtheilung der sogenannten Antisemitenbewegung durch das Abgeordnetenhaus, nicht im mindesten erreicht worden ist. Man muß vielmehr gestehen, daß die Stärke der Bewegung durch diese Debatte erst zu Tage getreten ist, und daß die Bewegung aus dem durch die Verhandlungen gewonnenen Bewußtsein dieser Stärke eher neuen Muth schöpfen, als irgendwie sich entmuthigt fühlen wird.

— Der Antrag des Abgeordneten Rickert, die Staatsregierung um Mittheilung der für 1881—82 von Preußen nach dem Reichshaushalts-Entwurf zu zahlenden Matrikularbeiträge zu ersuchen, wird morgen in der Budgetkommission zur Verhandlung gelangen. Ob die Regierung eine Mittheilung über die Höhe der Matrikularbeiträge schon morgen machen wird, ist nicht bekannt geworden. Wie man heute in Abgeordnetenkreisen erzählte, wird der Matrikularbeitrag pro 1881—82 allerdings erheblich höher sein, als der im preußischen Etatsentwurf angesetzte — man nannte als Ziffer der Erhöhung 13 bis 15 Millionen Mark. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so würde die Grundlage des Finanzexposé's des Herrn Finanzministers Bitter sehr wesentlich erschüttert sein. Für den Steuererlaß bliebe dann nichts mehr übrig, es sei denn, daß man das Plus des Matrikularbeitrages auch noch durch eine Anleihe decken will.

— Der bereits in der vorigen Session eingebrachte, aber wegen vorherigen Abschlusses derselben nicht mehr zur Berathung im Plenum des Abgeordnetenhauses gelangte Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 18. März 1868, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser ist in der Fassung, welche das Herrenhaus demselben gegeben und die seiner Zeit von der bezügl. Kommission des Abgeordnetenhauses zur Annahme empfohlen wurde, von Neuem vorgelegt worden. Die Abänderungen des Entwurfs beziehen sich hauptsächlich auf die Untersuchung des in die öffentlichen Schlachthäuser gebrachten Schlachtviehs und auf das Verbot, alles nicht in jenen Schlachthäusern ausgeschlachtete frische Fleisch ohne vorherige Untersuchung durch Sachverständige feil zu bieten u. dergl. m.

— Bei den Vertretungen der mittleren Städte Schlesiens und anderer Provinzen wird gegenwärtig mit großem Erfolge eine vom Magistrat und den Stadtverordneten zu Hirschberg ausgehende Petition kolportirt, welche mit möglichst zahlreichen Unterschriften bedeckt dem Abgeordnetenhause demnächst zugestellt werden soll. Es wird darin gebeten, bei der Berathung des Gesetzentwurfs über die Abänderung und Ergänzung von Bestimmungen der Kreisordnung den § 4 dahin zu ändern, daß bezüglich des Ausscheidens aus dem Kreisverbande den Städten über 10,000 Einwohner dasselbe Recht eingeräumt werden möchte, wie den Städten über 25,000 Einwohner, und daß auch Städten unter 10,000 Einwohner in Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse auf Grund übereinstimmender Anträge der städtischen Behörden, unter Zustimmung des Bezirksraths, die Befugniß zum Ausscheiden aus dem Kreisverbande beizulegen ist. Eventuell wird gebeten, wenigstens den § 77 dahin zu ändern, daß die Städte mit mehr als 5000 Einwohnern von der Polizeiaufsicht des Landraths befreit werden.

— In der bei Eröffnung des Landtages gehaltenen Thronrede ward, wie der „Berl. Aktionär" erinnert, bereits angekündigt, daß die Staatsregierung für die Herstellung neuer Schienenwege in verschiedenen Theilen des Landes Kredite in Anspruch nehmen werde. Wie das gedachte Blatt hört, werden die desfallsigen Vorlagen nunmehr alsbald dem Abgeordnetenhause zugehen. Es handelt sich dabei naturgemäß vorzugsweise um Bahnen minderer Ordnung, jedoch von einer Ausdehnung, daß die Kreditforderung der Regierung der Ziffer von 50,000,000 Mark nahe kommt. Weitere Linien befinden sich noch in der Vorbereitung und es darf daher als ziemlich wahrscheinlich angesehen werden, daß auch in den nächsten Jahren ähnliche Vorlagen den Landtag beschäftigen werden. Die Bereitstellung der Geldmittel wird durch die Reform des preußischen Eisenbahnwesens wesentlich erleichtert.

— Der Abgeordnete Richter hat gestern angekündigt, daß er in der Sitzung am Freitag beim Gehalt für den landwirthschaftlichen Minister die königliche Verordnung wegen Errichtung eines Volkswirthschaftsrathes zur Sprache bringen wird. Hierzu bemerkt das „B. Tagbl.": „Die geplante Zusammensetzung des Volkswirthschaftsrathes hat auf allen Seiten, sowohl bei Freihändlern wie Schutzzöllnern, bei Industriellen wie Gewerbetreibenden keinen Beifall gefunden, da in derselben nur eine zweite Ministerial-Kommission erblickt wird. Daß der Volkswirthschaftsrath alsbald zusammenberufen werden wird, geht daraus hervor, daß, wie wir erfahren, die Oberpräsidenten die Handelskammern bereits aufgefordert haben, in den ersten Tagen des Dezember, sowie in Schlesien am 7. Dezember, zur Präsentations-Wahl der Mitglieder für den Volkswirthschaftsrath zu schreiten. Hervorzuheben ist noch, daß die königliche Verordnung die ergänzenden Bestimmungen über die Betheiligung der Handwerker-Innungen sich vorbehält. Daraus wird geschlossen, daß, wie das auch bestätigt wird, eine der ersten dem Volkswirthschaftsrath zu unterbreitende Vorlage die Wiederherstellung der Innungen sein wird, ungefähr im Sinne der in der vorigen Session des Reichstages zur Annahme gelangten Anträge Seydewitz und Genossen."

— Der Landtags-Abgeordnete für Glogau, Pastor Gringmuth, hat unterm 19. d. M. seinen Austritt aus der nationalliberalen Fraktion dem Vorstande angezeigt und diesen Schritt folgendermaßen motivirt:

„Daß ich jetzt doch zum festen Entschluß gekommen, ruht außer einigen Nebensächlichkeiten auch auf zwei Hauptgründen, als deren nächstliegenden ich die Nothwendigkeit der liberalen Partei-Einheit in meinem Wahlkreise (Glogau-Lüben) anführe, zu deren Erhaltung ich den vom Reichstagsabgeordneten für Glogau und später von meinem Landtagskollegen gegebenen Beispiele folge. Denn sobald die Gefahr da ist, bei Einzelgruppirungen in der Wählerschaft den Wahlkreis für die liberale Sache zu verlieren, so erwächst meines Erachtens dem Abgeordneten desselben die Pflicht, zu deren Verhütung, wenn irgend möglich, gleiche Bahnen zu wandeln. Ueber diese taktische Behandlung der Sache setze ich aber als für mich Ausschlag gebenden Grund noch die am 4. d. Mts. in der Fraktions-Sitzung, wie ich anerkenne, mit Recht betonte Forderung strengerer Fraktions-Disziplin, nach welcher der Einzelne mit seiner Stimmabgabe mehr, als früher üblich war, dem Beschlusse des Ganzen sich unterzuordnen habe. Da ich in meiner bisherigen politischen Haltung bei wichtigen Fragen vollständig mit denjenigen Nationalliberalen gegangen bin, welche zum großen Theil vor Kurzem ihren Austritt aus der Fraktion für geboten erachtet haben, und meine Gesinnungen in keiner Weise andere geworden sind, so muß ich fürchten, daß früher oder später eine Veranlassung kommen wird, die mir die Unterordnung unter die Fraktionsbeschlüsse, ohne mir selbst untreu zu werden, unmöglich macht. Ich würde aber dabei eine innerlich unwahre Stellung zur Fraktion einnehmen, die meinem ganzen Sein und Wesen widerstrebt, und folge, um dies zu vermeiden, daher jetzt dem Schritte, den meine Gesinnungsgenossen vorher schon gethan haben."

— Von reaktionärer Seite beabsichtigt man, die Diskussion des Abgeordnetenhauses über die Judenfrage agitatorisch auszubeuten. Wenigstens schreibt die „Kreuzztg.": „Wie wir hören, beabsichtigen mehrere Abgeordnete die sämmtlichen Reden über die Interpellation Hänel nach stenographischer Aufzeichnung als Broschüre erscheinen zu lassen und diese zu möglichst billigem Preise weithin zu vertreiben." Soll wohl heißen: Sämmtliche in antisemitischem Sinne gehaltene Reden?

— Die gestern Abend hier eingetroffene „Times" vom 22. November enthält nicht nur ein mehrere Spalten füllendes Telegramm über die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause in der Judenfrage, sondern bespricht diesen Gegenstand auch noch sehr eingehend in mehreren Artikeln. Am Schlusse des einen derselben sagt sie:

„Die Petition der antisemitischen Liga ist der Ausdruck von Gesinnungen, die an sich niedriger Art sind. Man sucht Genugthuung durch Mittel, welche den Unterzeichnern noch mehr zur Schmach gereichen. Die Petition, die ihren Ursprung in dem Bewußtsein einer Niederlage hat, ruft schamlos die niederträchtigsten und gemeinsten Leidenschaften der menschlichen Natur zu Hilfe. Sie entspringt dem Neid gegen die Juden und scheut sich nicht, diese zum Objekt eines wilden und schonungslosen polititischen Angriffs zu machen. Man greift sie an, weil sie Juden sind. Ihre Rasse und ihre Religion sind die Verbrechen, für welche sie leiden müssen. Der Edelmann, welcher in üppigem Aufwand es dem wohlhabenderen Juden nicht gleichthun kann, will sich rächen durch die Erniedrigung der ganzen Rasse. Der religiöse Bigottist, wenn es solche in Wirklichkeit in Deutschland giebt, findet ein Vergnügen daran, den Bekennern einer anderen Religion eine Sühne aufzuerlegen. Der arme Mann von untergeordnetem Range befriedigt sein Mißvergnügen gegen alle, welche im Range über ihm stehen. Diese mannigfaltigen Gefühle und Beweggründe sind es, welche dem Streben der antisemitischen Liga Kraft verleihen. Die Verfolgung richtet sich nicht nur gegen den Erfolg als solchen, sondern gegen die erfolgreichen Fremden und Allerweltskrämer, welche, hoch wie niedrig Stehende, zusammen unterdrückt werden müssen. Die durch das Dokument der Antisemiten-Liga hervorgerufene Gegenerklärung, welche in Folge des Betragens sehr vieler Deutschen nicht so ganz zur rechten Stunde erschienen ist, als es hätte nöthig sein sollen, repräsentirt die bessere Seite des deutschen Charakters und Geistes. Die Regierung wird sich damit begnügen, den Angriffen auf die Juden keine Hilfe angedeihen zu lassen. Die besten und geachtetsten Namen des modernen Deutschlands thun mehr als dies: Sie verdammen die Bewegung ausdrücklich und kennzeichnen sie in Ausdrücken, welchen die ganze gebildete Welt außerhalb Deutschlands ihre Zustimmung geben wird."

— Herr Stöcker ist am letzten Sonnabend von Mitgliedern des Zentrums durch den Mund des Abgeordneten Windthorst verurtheit worden; nach der Stöckerschen Rede vom Montag schließt sich auch die „Post", das Organ der Freikonservativen, dem verurtheilenden Verdikt an, indem sie schreibt:

„Aber auch nach einer anderen Seite hat die Montagsdebatte zu unzweifelhaften Ergebnissen geführt. Aus ihrem Gange folgt die bündigste Verurtheilung der Stöckerschen Methode der Behandlung der Judenfrage. Wenn eine Materie in der gesetzgebenden Versammlung, welche die urtheilsfähigsten Köpfe, die bewährtesten Charaktere der Nation in sich schließt, die Gemüther zur Siedehitze entflammt, welchen Ausgang soll die Verhandlung derselben in Volksversammlungen nehmen, in denen weniger gebildete, leidenschaftlicher Erregung [illegible] zugänglichere Elemente vorwiegen? Statt, wie ohne Zweifel die Leiter beabsichtigen, zu klären und zu fördern, führt diese Methode lediglich zur Erregung niedriger Leidenschaften, zur Gefährdung des Friedens, sie ist mit dem Interesse des Gemeinwohls nicht vereinbar und deshalb von Allen, welchen eine

---

kaum den zehnten Theil dessen aus, was erforderlich war. Nun ging sie auch noch zu dem wackern Gutsherrn und bat ihn um das fehlende Geld. Sie versprach, mit den Jahren die Schuld abzutragen, und bestürmte den guten alten Edelmann, der durchaus nicht reich war, mit ihren Thränen und Bitten. Die arme Frau mußte, ohne die fehlende Summe erhalten zu können, den Hof verlassen. Solche Bitten um Unterstützung zum Zweck des Freikaufs von Rekruten sind nur zu häufig, können aber nur selten Gewährung finden; denn nicht Jedem ist es möglich, dem Zuge seines Herzens Folge zu leisten. Gar mancher Gutsherr hat selbst eine große Familie bei geringem Vermögen, so daß jede außergewöhnliche bedeutendere Ausgabe ein Unrecht an den eigenen Kindern wäre. Das alte Sprichwort sagt: Ein Schelm, wer mehr thut, als er kann.

An dem Tage, an welchem die Rekruten eingezogen werden sollten, nahm Ado von Weib und Kind unter bitteren Thränen — vielleicht für immer — Abschied und fuhr mit den übrigen Rekruten nach der Stadt. Ella folgte dem Zuge in einem zweirädrigen kleinen Wagen; der alte Böttcher blieb in starrer Betäubung zurück. Er lag auf seinem Bett in halbwachem Zustande und stand nur zuweilen auf, um nach den Kindern, seinen Enkeln, zu sehen. Als der Sohn von ihm Abschied nahm, hatte er kein Wort gesprochen, keine Thräne geweint und nur das undeutliche Wort: „Vier, vier" — kam über seine zitternden Lippen.

Die beiden Rekruten, die Nr. 1 und 2 gezogen hatten, waren ganz gut bei Laune. Etwas, oder vielleicht recht viel Branntwein schien ihnen ungewöhnlichen Muth eingeflößt zu haben. Sie lachten und nannten sich mit Stolz „Kronsmenschen", denen jetzt Niemand etwas zu befehlen habe, als der Kaiser, und verspotteten die beiden Anderen, die noch einen Schimmer von Hoffnung haben mochten, bald in ihre Heimath zurückkehren zu dürfen.

„Was laßt Ihr die Köpfe hängen?" sagte der Rekrut, der Nr. 1 gezogen hatte, „wir Beide werden ja doch genommen werden, Ihr könnt dann ruhig wieder ins alte Dorf zurückkehren. Wenn Jemand traurig sein soll, so müßte ich's doch sein. Ich bin der Erste, der vor die Kommission kommt. Ich muß fort, denn an mir kann Niemand einen Fehler entdecken. Gott hat mir nun einmal so unglückliche gute Knochen und Gliedmaßen gegeben, die mich ohne Rettung zum Soldaten machen. Der da" — er zeigte dabei auf seinen Nachbar, der Nr. 2 gezogen — „hat doch noch wenigstens einige Hoffnung, abgelehnt zu werden, aber ich — ich bin nun einmal so verdammt gesund!" Der Bezeichnete erwiderte: „Schöne Hoffnung für mich! Wenn die Nummer vor mir nichts taugt, dann muß ich ja dran" — und der arme Mensch fing, bei dem bloßen Gedanken an diese Möglichkeit, wie ein Kind zu weinen an.

„Was flennst Du? altes Weib!" sagte wieder der erste Rekrut. „Wenn Dein Vordermann nichts taugt, dann wird Dich dünnbeinigen Klapperstorch doch gewiß kein Mensch zum Soldaten machen wollen. Es ist ja eigentlich auch eine Dummheit, daß man Dich mitloosen ließ, Schneider könntest Du werden, aber nicht Soldat!"

Ado hörte diese wenig trostreichen Ausbrüche des Galgenhumors und lächelte unwillkürlich. — „Aha! nun fängt der auch an" — fuhr Nr. 1 fort. „Ja, alter Freund! wenn Du vorkommst, da hilft Nichts. So einen kräftigen jungen Kerl, wie Du einer bist, werden sich die Herren von dem Rekrutenkommando nicht entgehen lassen. Da wird Dir die Narbe auf dem Arm auch nicht mehr nützen, als bei der Loosung, und Deine schönen blonden Haare werden dann mit meinen zusammen in den Ofen geworfen werden. Was uns auf dem Kopfe bleibt, wird wenig genug sein. Uebrigens ist das Haarabscheeren das Dummste bei der ganzen Geschichte! Wenn ich daran denke, könnt' auch ich selbst mich noch darüber ärgern und grämen. Diese langen Haare, an die noch nie eine Scheere kam, seit Gott sie wachsen ließ, abzuschneiden und so kurz noch dazu — wozu das?!"

(Fortsetzung folgt).

---

* **Kopenhagen.** [Ein Sonderling auf Reisen.] Fürst Sulkowski, Herzog von Bielitz, einer der begütertsten Männer Oesterreichs, ist vor einigen Tagen hier angekommen. Das Gefolge des Fürsten besteht aus einer Gesellschaftsdame, einem Kapellmeister, einem Vorleser, einem Sekretär, einem Leibarzt, einem Kammerdiener, zwei Läufern, einem großen Hunde, einem großen Affen, zwei Papageien und mehreren Käfigen mit Vögeln. Ein Käfig mit einem Tiger mußte in Hamburg zurückbleiben. Der Fürst führt folgende Lebensweise: Er steht Mittags um 1 Uhr auf, frühstückt, läßt sich bis 7 Uhr Abends vorspielen, pflegt nach der Soirée kurz zu ruhen, hört abermals Musik und dinirt um 1 Uhr Nachts, worauf er mit seinem Sekretär die Stadt besichtigt. Um 5 Uhr Morgens kehrt er zurück und begiebt sich zur Ruhe. Der Fürst beabsichtigt nach Norwegen auf die Bärenjagd zu gehen. Nach der N. Fr. Pr. ist dies der junge Prinz Joseph Sulkowski, der Sohn des alten Fürsten Ludwig, Herzogs zu Bielitz, aus dessen Ehe mit der Baronin Dietrich; der junge Prinz wurde in Wien im Theresianum erzogen und steht jetzt im 33. Lebensjahre, hatte sich aber schon in seinem 20. Lebensjahre mit der Gouvernante seiner Schwester, Viktoire, geborenen Lehmann, vermählt.

* **Das Wandgemälde** für das Treppenhaus des berliner Rathhauses, wofür 160,000 Mark bewilligt werden sollen, ist von Anton von Werner nach dessen Erläuterungsbericht wie folgt geplant: Die militärische Seite des Gegenstandes soll nicht besonders hervorgehoben werden, sondern nur den Hintergrund bilden. Der Zug ist so dargestellt, daß seine Spitze mit den die eroberten französischen Fahnen tragenden Deputationen der deutschen Armeen schon am Denkmal Friedrich Wilhelms III. angelangt ist (Ostwand des Treppenhauses), während Infanterie und Artillerie am Halle'schen Thore vorbei noch einrückt (Westwand); die monumentale und wirkungsvollste Höhe des Zuges bildet die Ankunft und Begrüßung des Kaisers auf dem Pariser Platz, mit dem Brandenburger Thor und der Viktoria darauf als Hintergrund (Südwand) en face des die Haupttreppe hinaufsteigenden Beschauers. Die schmalen Pfeiler der Nordwand zwischen den drei Thüren werden zur Darstellung von Tribünen mit zahlreichen Zuschauern (Portraits) benutzt, welche Anfang und Ende des Zuges verbinden. Die einzelnen Truppentheile können nur durch wenige Gruppen der Hauptwaffengattungen geschildert werden. Um sämmtliche vier Wände ziehen sich unter dem Haugtgesims als dekorativer Schmuck — wie er in der Siegesstraße auch angebracht war — Guirlanden und Kränze mit den Daten der wichtigsten Schlachten, Inschriften u. dgl. hin. Auf der Westwand kommt zur Darstellung: Artillerie und Infanterie, welche am Halleschen Thore vorbei einzieht; im Hintergrund die dort aufgestellt gewesene Statue der Berolina von E. Encke. Auf den Tribünen im Vorder- und Hintergrund sind die Arbeiterbevölkerung und die industriellen Kreise Berlins repräsentirt. Damen und Kinder reichen den einziehenden Siegern Kränze und Bouquets, Landwehrleute werden von Frau und Kindern begrüßt. Auf der Kanone in der Mitte des Vordergrundes Turner, in der Nähe Landleute aus der Umgegend Berlins, ihre Angehörigen begrüßend. Als Hintergrund in der Mitte der Wand die Viktoria (von M. Schulz), umgeben von eroberten Kanonen, und die Statuen von Metz und Sedan (von R. Begas), welche den Platz am Potsdamer Thore schmückten. Weiter nach links: General-Feldmarschall von Wrangel und der Gouverneur oder Kommandant von Berlin vor einer Gruppe von Invaliden von 1813/15. Die Südwand zeigt als Hauptgruppe des Zuges in der Mitte den Kaiser, welcher, umgeben von den Prinzen des Hauses Hohenzollern und begrüßt vom Oberbürgermeister und Stadtverordneten, aus den Händen der Sprecherin der Ehrenjungfrauen den Lorbeerkranz entgegennimmt. Im Vordergrund, rechts: Bismarck, Moltke, Roon und Vertreter von Kunst und Wissenschaft; links: Universität und Geistlichkeit. Die Ostwand zeigt in direktem Anschluß an die letztgenannte Gruppe der Mittelwand im Vordergrund rechts Vertreter der studirenden Jugend Berlins. Garde-Dragoner reiten am Denkmal Friedrichs des Großen vorbei; in der Mitte des Vordergrundes — bei und auf der Kanone — die Schuljugend Berlins und eine Gruppe von Verwundeten aus dem eben beendigten Feldzuge, denen ein Adjutant des Kaisers einen Lorbeerkranz reicht. Ganz links als Spitze des ganzen Zuges die Deputationen der Armee mit den eroberten französischen Fahnen und im Vordergrund eine Tribüne mit Vertretern der Kaufmannschaft. Die Denkmäler Friedrich's des Großen, Blücher's, Stein's und Friedrich Wilhelm's III. und in der Mitte die Gruppe der Germania mit Elsaß und Lothringen (von Professor Gropius, Albert Wolff und Siemering) bilden für diesen Theil des Sieges-Einzuges — zusammen mit dem alten königlichen Schloß und dem Palais des Kaisers — einen Hintergrund, welcher zwei Jahrhunderte ruhmvoller preußischer Geschichte repräsentirt. Die Ausführung des Gemäldes soll in Oel- oder Wachsfarbe auf Leinwand erfolgen.

friedliche und ruhige Entwickelung unseres öffentlichen Lebens am Herzen liegt, auf das Entschiedenste zu bekämpfen."

— Die Petition der Antisemitenliga an den Reichskanzler ist von Leipzig aus an sämmtlichen deutschen Universitäten verbreitet und zwar mit gedruckten Formularen, in denen die Studirenden zum Zeichen ihres Anschlusses an die Petition lediglich die Rubriken: „Name, Universität, Studium" auszufüllen haben.

— Die beiden Führer der nationalliberalen Partei, die Herren v. Bennigsen und Miquel, glänzten während der Debatten im Abgeordnetenhause am Sonnabend und Montag durch ihre Abwesenheit. Das, so meinen nun ihre Gegner, ist allerdings das kürzeste Mittel, um Verlegenheiten herumzukommen.

— Es ist vielfach vorgekommen, daß Gouvernanten, Bonnen, Dienstmädchen, auch zahlreiche Handwerker sich aus Deutschland nach Italien begeben haben, wo ihnen Aussicht auf lohnendes Unterkommen eröffnet worden war. Die Leute sahen sich dann an den Orten, welche sie zur Zuflucht gewählt hatten, nicht nur gänzlich in ihren Erwartungen getäuscht, sondern sie geriethen, mit Sprache und Verhältnissen unbekannt, in die traurigste Lage. Aus diesem Grunde haben neuerdings die Behörden Anlaß genommen vor einer Auswanderung nach Italien ohne bestimmte Aussicht zu warnen und ausdrücklich hinzuzufügen, daß die Betreffenden sich durch Anzeige-Bureaux 2c. nicht täuschen lassen möchten.

— Der Ausfall der Stadtverordnetenwahlen in Mainz ist ein Ereigniß von nicht geringer Bedeutung. Die vereinigten Nationalliberalen und Demokraten siegten mit 1275 Stimmen über die Ultramontanen, welche es auf 750 Stimmen brachten; zersplittert waren 303 Stimmen. Am ganzen Rheinstrom wird die liberale Partei aufathmen bei dieser Nachricht. Mit dieser Wahl ist die Herrschaft der Ultramontanen in Mainz gebrochen — sie war überhaupt nur dadurch möglich, daß die Liberalen in Mainz sich wechselweise bekämpften; die Mainzer Demokraten stehen ungefähr auf dem Standpunkt der Fortschrittspartei, wenn auch einzelne Elemente mehr links gehen. Die Gefahr, die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung und damit einen maßgebenden Einfluß auf das Elementarschulwesen in die Hände der Ultramontanen fallen zu sehen, war bereits sehr nahe. Nach dem Ausfall dieser Wahl wird in Zukunft die Stadtverordneten-Versammlung aus 16 Nationalliberalen, 12 Ultramontanen und 11 Demokraten zusammengesetzt sein. Unter den unterlegenen Kandidaten der Ultramontanen befindet sich auch der seitherige Stadtverordnete und Verleger des ultramontanen „Mainzer Journals" J. Falk III. Der Bürgermeister von Mainz, Herr du Mont, gehört der demokratischen Partei an. Noch interessanter wird dies Wahlergebniß, welches in rheinischen Blättern als „die große, nichterwartete Niederlage der Ultamontanen" dargestellt wird, durch die Thatsache, daß auch in den Landgemeinden der Gegend die Ultramontanen in den Gemeinderathswahlen unterlegen sind. Man sieht daraus, daß es nicht lokale Ursachen sind, welche das Rückweichen der ultramontanen Hochfluth in der Stadt v. Kettelers und Moufangs bewirkten. Ein schwererer Schlag konnte die Ultramontanen am Rhein nicht treffen und er traf sie in der vollkommenen Sicherheit des Sieges.

— Ein Privattelegramm aus Hamburg theilt mehreren berliner Zeitungen mit, daß die an der gestrigen Börse aufgelegte Protesterklärung gegen die bekannte Korrespondenz einzelner Firmen mit dem Reichskanzler und gegen die im Anschluß an jene Korrespondenz geplante Gründung einer kaufmännischen Zollanschlußpartei sich schnell mit nahezu 1000 Unterschriften bedeckt hat, unter denen sich fast alle ersten Firmen befinden. Die Handelskammer hatte, wie man der „Voss. Ztg." gleichfalls mittheilt, schon vorgestern eine vertrauliche Besprechung abgehalten, in welcher das Vorgehen der Herren Berenberg, Goßler u. Gen. die schärfste Mißbilligung fand.

Oesterreich.

Wien, 23. November. [Graf Taaffe über seine Politik.] Ein Korrespondent des „National" berichtet über eine Interview mit dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe, in welcher sich, wofern die Aufzeichnungen richtig sind, der Kabinets-Chef ziemlich offen über seine Ideen und Pläne ausgesprochen hat. Graf Taaffe sagte:

„Das Eigenthümliche meiner Politik besteht darin, daß sie nicht politisch ist. In anderen Staaten giebt es konservative und liberale Parteien. Diese Unterscheidung hat für den Grundzug der Regierungsgeschäfte unter den verschiedenen Stämmen des Reiches keinen Werth. Ich, für meine Person, bin konservativ, aber in dem Kreise, wo ich politischen Einfluß ausübe, als cisleithanischer Minister, kümmere ich mich nur um die Versöhnung der Nationalitäten, denen ich jeder ihren gebührenden Platz zuweisen will. Ich bin weder für die Czechen, noch für die Deutschen, ich vertrete Oesterreich und trachte vor Allem, daß alle Unterthanen dem Kaiser freiwillig zugethan und nicht gewaltsam unterworfen seien. Ich bin erst seit einigen Monaten an der Spitze der Geschäfte und schon konnte man bemerken, daß ich das Richtige getroffen habe. Die Czechen, welche bisher niemals neben den Deutschen im Reichsrathe gesessen hatten, haben ihre parlamentarische Thätigkeit wieder aufgenommen. Wenn ihre lange Abstinenz ihnen nicht gestattet hat, brauchbare Eigenschaften zu erwerben, wie sie das öffentliche Leben entwickelt, so ist das nur eine Frage der Zeit und der Erziehung, ihre Turbulenz wird sich schon legen. Was die Polen betrifft, so hat die letzte Kaiserreise in Galizien mir Recht gegeben. Je weiter wir gehen, desto mehr wird es klar werden, daß die beste Garantie für den Bestand Oesterreichs der Wunsch der Völker ist, Oesterreicher zu sein und es zu bleiben. In einer Zeit, wo die Empfindlichkeit der Nationaltäten so lebhaft und der Zug nach Unabhängigkeit ein so gewaltiger ist, behauptet man durch Gewalt keine obendrein unzureichende Autorität. Meine Gegner haben sich darüber ereifert, nicht etwa, um wirkliche Rechte oder eine gerechte Sache zu vertheidigen, sondern nur, weil sie wie die Anderen behandelt und nicht protegirt werden. Es ist die Sucht nach Portefeuilles, die sie treibt, und doch, wenn sie gerecht wären, müßten sie zugestehen, daß im Kabinet nur ein nichtdeutscher Minister sitzt, Herr Dunajewski. Die Minister für Böhmen und Polen kommen nicht in Rechnung, denn sie vertreten ihre speziellen Länder. Uebrigens fürchte ich die Deutschen nicht, seitdem die Führer, die mich angreifen, selbst ihren Niedergang erwiesen haben. Letzten Sonntag haben die Verfassungstreuen in Wien demonstrirt; aber eine zahlreicher besuchte und imposantere Volksversammlung hat gegen die Urheber des Haders protestirt. Finanzreformen und Ruhe sind vonnöthen. Unsere Gegner stören diese und haben jene niemals gebracht. Um noch besser die Uneinigkeit der sogenannten deutschen Partei zu zeigen, wird am 22. in Linz eine Versammlung tagen und dort werden die Konservativen den Verfassungstreuen beweisen, daß sie weder einig, noch die wirkliche Majorität sind. Die vier letzten Wahlen, bei denen meine Politik vier neue Anhänger gewonnen hat, sind gleichfalls ein bezeichnendes Symptom. Die Verfassungstreuen sprechen viel von ihren finanziellen Hülfsmitteln; um uns von diesem Drucke zu befreien, haben wir die Länderbank geschaffen, und von heute in acht Jahren hoffe ich das Gleichgewicht im Budget hergestellt zu sehen. Dann werden alle Beschwerden von selbst fallen, denn ich weiß ganz gut, daß das die Hauptsache ist. Man wird sich im Auslande nicht täuschen, wenn man meine Politik als Friedensgarantie auffaßt. Es giebt wohl in gewissen Stämmen, bei den Polen zum Beispiel, Aspirationen, die über unsere Grenzen hinausgehen. Aber das ist für jetzt ein Traum und, geben wir den Rassen Aktionsfreiheit, so wird keine mächtig genug sein, die anderen weiter fortzureißen, als diese wollen. Ich zögere nicht, zu sagen, daß ein solcher Stand der Dinge die große Mehrzahl der Oesterreicher befriedigen und alle Anläffe zu Konflikten beseitigen kann. Das ist eine Beruhigung für Frankreich, aber auch für Rußland, während die Allianz Deutschlands mit einem exklusiv deutschen Oesterreich eine wirklich europäische Gefahr schaffen würde."

Frankreich.

Paris, 24. November. Ferdinand v. Lesseps rastet nicht. Bekanntlich fiel sein Versuch, vor fünfzehn Monaten eine Panama-Kanalgesellschaft zu gründen, ins Wasser, einmal weil man die Kosten für übertrieben erachtete, und zweitens, weil man die Feindschaft der Vereinigten Staaten scheute, die den von Franzosen geplanten Kanal als eine Verletzung der Monroe-Doktrin ansahen. In einem Rundschreiben vom 15. d. erklärt Ferdinand v. Lesseps diese beiden Bedenken für gehoben. Eine technische Kommission habe zunächst die Durchführbarkeit des Kanals endgiltig festgesetzt und die Unternehmer hätten die Kosten desselben auf den bescheidenen Betrag von 500 Mill. Frks. vermindert. Andererseits seien die Nordamerikaner von ihrem Vorurtheile zurückgekommen; sie erkennten das Unternehmen als ein gemeinnütziges, aller nationalen Farbe entkleidetes an, und die amerikanischen Banken hätten ihre Betheiligung zugesagt. Ein besonderer Ausschuß werde die Neutralität des Kanals bei den Vereinigten Staaten in New-York vertreten. Selbstverständlich wird dieses neue Rundschreiben von der hiesigen Presse günstig erörtert, und es fehlt nicht an Ermunterungen an das investirungslustige Publikum, sich baldmöglichst zu betheiligen. Es ist freilich nicht zu leugnen, daß die mittel-amerikanischen Gründungen in herzlich schlechtem Geruche stehen, seitdem der vor einigen Jahren in London niedergesetzte Ausschuß zur Untersuchung der fremden Anleihen den thurmhohen Schwindel aufgedeckt hat, den sich bis dahin angesehene Häuser gegen das Publikum erlaubten. Allerdings schützt der ehrenvolle Name Lesseps vor solchen Wiederholungen; doch wird man gut thun, die Vorsicht nicht aus dem Auge zu lassen.

Belgien.

Brüssel, 22. November. Bei dem französischen Soldaten-Denkmale auf dem Friedhofe von Evere sprachen gestern der Vorsitzende des französischen Cercles, Lebegue, der Bürgermeister von Brüssel, Vanderstraaten, und der französische Gesandte Decrais. Letzterer dankte im Namen der französischen Republik der belgischen Freundschaft, von deren liebevollsten Beweisen er vor zehn Jahren selber Augenzeuge gewesen sei, und fuhr dann fort:

Solche Erinnerungen befreunden zwei Länder miteinander, wenn sie nicht schon von Alters her befreundet wären, wenn ihre Freundschaft nicht ihre Quellen in den natürlichsten Gründen der Welt fände. als da sind: Nachbarschaft, Handelsbeziehungen, täglicher Verkehr, Familienverbindungen und vor Allem dieselbe Sprache, um dieselben Ideen des Fortschritts, der Gerechtigkeit und der Freiheit klar auszusprechen und in Fülle verbreiten zu können. O, ich weiß wohl, daß die Politik des zweiten Kaiserreichs Störung und Mißhelligkeiten in den friedlichen Lauf dieser Verhältnisse gebracht hat! Ich kenne gar wohl die geheimen Berechnungen, welche jene persönliche Politik mit Vorliebe getrieben hat. Ich weiß das alles, aber ich weiß auch, daß Frankreich heute Herr seiner selbst ist und den Eingebungen seines stolzen und edlen Genius folgt, daß es der Grundsatz, die Pflicht und die Ehre der auf seine Unabhängigkeit mit so hohem Recht eifersüchtigen französischen Republik ist, die Unabhängigkeit des andern zu achten, daß sie keinen anderen Wunsch hat, als anständig in Frieden zu leben mit ihren Nachbarn, namentlich wenn diese Nachbarn, ich wiederhole es, standhafte und treue Freunde sind, die unter der Oberhoheit eines Fürsten mit der Erbweisheit seines erhabenen Vaters von ihren freien Staatseinrichtungen einen bewunderungswürdigen Gebrauch machen.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin**, 25. November, Abends 7 Uhr.

Der „Reichsanzeiger" schreibt: Die Genesung des Kaisers schreitet fort. Der Kaiser kann jedoch das Zimmer noch nicht verlassen.

Paris, 25. Nov. „Agence Havas" meldet aus Ragusa: Derwisch Pascha erklärte sich bereit, heute Dulcigno zu übergeben. Der Fürst von Montenegro antwortete, er könne nur die förmliche Cession, nicht die bloße Uebergabe (Remise) acceptiren und forderte die Vertreter der Mächte auf, den Verhandlungen beizuwohnen und das Protokoll zu unterzeichnen.

Galatz, 25. Novbr. Das Journal „Vocea cavurl." meldet: Die Donaukommission beginnt Anfang nächster Woche die Berathung des Strompolizei-Projektes. Der bulgarische Delegirte ist bereits hier eingetroffen. Die Delegirten der Türkei und Serbiens werden in zwei Tagen erwartet.

Petersburg, 25. Nov. Der bairische Gesandte v. Rudhart hatte gestern einen tüchtigen Kongestionsanfall, welcher einen Gehirnschlag befürchten ließ; er befindet sich heute aber wesentlich besser.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die „Deutsche Revue", herausgegeben von Richard Fleischer, Verlag von Otto Janke in Berlin, bringt in ihrem soeben erschienenen Novemberheft einen Artikel über die „preußischen Wasserstraßen" aus der Feder des Ober-Baudirektors a. D. Th. Weishaupt. Es werden darin die Gründe erörtert, aus denen es für die Regierung geboten sei, sich in gleich nachdrücklicher Weise, wie solches bei den Eisenbahnen geschehen, der bisher stiefmütterlich behandelten Wasserstraßen anzunehmen, die Regulirung der natürlichen schiffbaren Wasserläufe zu beschleunigen, von den Kanalbauten ohne allen Verzug wenigstens die allernothwendigsten auszuführen, die erforderlichen Geldmittel sicherzustellen und behufs zweckmäßiger Arbeitsdisposition wenigstens für eine Reihe von Jahren zusammen sich bewilligen zu lassen. Die Frage, ob an Stelle des bei den größeren Regulirungen bisher befolgten Systems der Einschränkungen des Flußbetts nach dem Vorschlage der Gegner dieses Systems die Kanalisation zu setzen sei, wird näher beleuchtet und unter Anerkennung des Werths der Kanalisation in bestimmten Fällen, namentlich für die größeren Flußläufe, verneint. Die behaupteten nachtheiligen Einwirkungen der Regulirungen auf die mittleren Wasserstände werden als nicht vorhanden nachgewiesen, die Besorgnisse wegen Hebung der höchsten und Senkung der niedrigsten Wasserstände als unbegründet dargethan, beziehungsweise auf das richtige Maß zurückgeführt. Zum Schluß behandelt der Verfasser die Ressortfrage und drückt die Ueberzeugung aus, daß es am Besten für die Landesinteressen sei, wenn auf den Plan des Fürsten Reichskanzlers, ein besonderes Eisenbahnministerium zu bilden, zurückgekommen und aus der dadurch frei werdenden Abtheilung für das Bauwesen unter Hinzufügung verschiedener im landwirthschaftlichen Ressort bisher bearbeiteten Sachen ein eigenes Bautenministerium gebildet würde. Der Artikel bietet in knappster Form beachtenswerthe Gesichtspunkte.

* Ueber die Vivisektion, ihre Gegner und Herrn Richard Wagner. Von Wilhelm Jensen. Brosch. Preis 75 Pf. Verlag von Levy u. Müller in Stuttgart. Die zahlreichen meist von einander abgeschriebenen Streitschriften für und gegen die Vivisektion haben nur bescheidenes Interesse einzuflößen und wenig zur Klärung der Ideen beizutragen vermocht. Man darf daher dem gefeierten Schriftsteller Wilhelm Jensen aufrichtigen Dank dafür wissen, daß er es nicht verschmäht, mitten in den Kampf der Parteien einzutreten, daß er von edlem Zorn erfüllt die Scheingründe, deren man sich da und dort zu bedienen liebt, in schlagender Weise widerlegt und mit wuchtigen Keulenschlägen das ganze Truggebäude seiner Gegner zertrümmert. Erbarmungslos läßt er die scharfen Pfeile seines Witzes schwirren und reißt mit kühnem Griff den Schenheiligen die Larve vom Gesicht. Es ist als ein literarisches Ereigniß zu betrachten, daß Jensen seine geistreiche Feder einer Tagesfrage von allerdings hervorragender Bedeutung widmet, und wir freuen uns, daß der durch die Verlagshandlung festgesetzte billige Preis von 75 Pfennig die Verbreitung der bahnbrechenden Schrift in weitesten Kreisen erhoffen läßt. Der Unbefangene, welcher sich ehrlich über die Vivisektionsfrage unterrichten will, wird von Jensen in angenehmster Weise lernen. Aber auch der Wissende wird mit behaglichem Genusse ein Werkchen lesen, dessen Verfasser die Waffen der Wahrheit mit seltenem Geschick und rücksichtsloser Energie zu führen weiß. Wir glauben daher den Dank des Laien, ebenso wie den des Fachmannes zu verdienen, wenn wir die geistvolle Jensen'sche Schrift einem Jeden aufs Angelegentlichste empfehlen. Diejenigen aber, welche etwa das Weber'sche Werkchen „Die Folterkammern der Wissenschaft" gelesen haben sollten, mögen sich die Lektüre der Jensen'schen Schrift auf keinen Fall entgehen lassen. Sie werden die kleine Ausgabe von 75 Pf. gewiß nicht zu bereuen haben.

Locales und Provinzielles.

Posen, 25. November.

— [Verbrecherische Gefährdung von Eisenbahnzügen.] Man schreibt uns vom Bahnhof Dombrowka: Am vergangenen Sonnabend, den 20. d. M., wurde bei dem 5 Kilometer von hier westlich gelegenen Dorfe Dupiewo Abends 1/26 Uhr ein Attentat gegen den um 3/46 Uhr in Posen eintreffenden Schnellzug aus Halle versucht. An dem Uebergange des Weges von Dupiewo nach Konarzewo über die Märkisch-Posener Eisenbahn, welcher durch eine Drahtzugbarriere von dem nächstgelegenen Wärterposten bedient wird, waren unter dem Schutze der Dunkelheit ein oder mehrere Steine auf oder neben die Schienen gelegt; die Maschine des Zuges erhielt einen erheblichen Stoß, doch fand sich bei der Einfahrt in Posen nur ein verbogener Bahnräumer beschädigt vor. Das Mißlingen des gegen diesen Zug geplanten Bubenstückes veranlaßte die Thäter, einer nach Passiren des Schnellzuges die Strecke in der Richtung von Posen nach Buk durchfahrenden leeren Maschine größere Hindernisse zu bereiten: die betreffende Maschine wurde um 1/47 Uhr an derselben Stelle in viel bedeutenderer Weise als die Maschine des vorhergehenden Zuges beschädigt, und ist es vielleicht nur dem Umstande, daß der Heizer der leer fahrenden Maschine beim Scheine der vornleuchtenden Laterne etwas Dunkles auf den Schienen liegen sah und sofort zur Bremse sprang, zu danken, daß größeres Unglück nicht eintrat. Von den gesammelten Steinsplittern hat ein Stück ein Gewicht von 30 Pfund, ein größerer nach der That dicht an den Schienen gefundener Stein konnte von drei Männern nicht gehoben werden. Die auf die Schienen gelegten Steine sind Prellsteine, welche als Begrenzung des Weges innerhalb der Barrieren auf dem Bahnplanum aufgestellt waren. Die Wärter an der Bahnstrecke haben die vorgeschriebenen Revisionen ihrer Strecken rechtzeitig bewirkt und bei der um 1/25 Uhr erfolgten letzten Revision vor dem Schnellzuge nichts Außergewöhnliches bemerkt. Die leer fahrende Maschine war als Extrazug an dem fahrplanmäßigen Schnellzuge durch eine an der Maschine desselben vorn angebrachte grüne Laterne signalisirt, dieselbe zeigte dem Wärter und dieses Mal auch dem Attentäter an, daß vor dem um 1/27 Uhr aus Posen nach Züllichau fahrenden gemischten Zuge eine Extramaschine vorausgehen würde. — Die Erhebungen zur hoffentlich baldigen Ermittelung der Thäter, von welchen die Vermuthung nahe liegt, daß sie mit den Betriebsverhältnissen der betreffenden Eisenbahnstrecke sehr gut bekannt sein müssen, sind eingeleitet.

— **Stadttheater.** Wegen Erkrankung des Herrn Dr. Litaschi — so wird uns geschrieben — mußte die heutige Vorstellung „Phädra" ausfallen und spielt aus diesem Grunde, um das Repertoir aufrecht zu erhalten, morgen (Freitag) Herr Direktor Scherenberg den Baron Rosenkranz in dem hier neuen Lustspiele „Rosenkranz und Güldenstern".

—r. **Wollstein**, 21. Nov. [Goldene Hochzeit. Brandstiftung. Ernennungen.] Am 18. d. M. begingen die Handelsmann Bendix Kristeller'schen Eheleute von hier das seltene Fest ihrer goldenen Hochzeit. Im Laufe des Tages begaben sich der Rabbiner,

die Gemeinde-Repräſentanz, ſowie viele angeſehene Gemeindemitglieder, die zufällig vom Feſte Kenntniß erhielten, in die Behauſung des Jubelpaares und brachten ihm ihre Glückwünſche dar. — Die Vermuthung, daß der letzte Brand in Altkloſter am 13. d. M. wiederum durch ruchloſe Hand angelegt worden ſei, beſtätigt ſich, und es wurde dieſer Tage die muthmaßliche Brandſtifterin, eine Frau R. von dort, in das hieſige Gerichtsgefängniß eingeliefert. — An Stelle des von Tuchorze verzogenen Wirthſchafts-Inſpektors Kißhauer iſt der Wirthſchafts-Inſpektor Lieutenant Hoffmann daſelbſt zum Gutsvorſteher für die Gutsbezirke Tuchorze und Neklin ernannt worden und an Stelle des nach Poſen verzogenen Rittergutsbeſitzers Felſch in Ruchocice wurde der Adminiſtrator Franz Bieler daſelbſt zum Gutsvorſteher für den Gutsbezirk Ruchocice ernannt.

± **Aus dem Samter'ſchen Kreiſe**, 21. Novbr. [Kreistagsſitzung. Wahlberathung.] Unter dem Vorſitze des Landraths Dr. v. Dziembowski wurde am 19. d. M. im Ständehauſe zu Samter ein Kreistag abgehalten, auf welchem folgende Gegenſtände der Tagesordnung zur Erledigung kamen: 1. der Vorſitzende machte Mittheilung von der ſeit dem letzten Kreistage eingetretenen Veränderungen in der Kreismatrikel und ſtellte der Verſammlung die neuen Kreistagsmitglieder vor; 2. ein Antrag des Rittergutsbeſitzers Freiherrn v. Maſſenbach zu Pinne Namens eines Bau-Komite's: „daß der Kreis Samter bei der Bildung einer Aktiengeſellſchaft zur Herſtellung einer normalſpurigen Sekundärbahn von Pinne nach Neutomiſchel durch Zeichnung von Aktien im Geſammtbetrage von 50,000 M. ſich betheilige und die hierzu erforderlichen Mittel theils aus den bereiten Beſtänden des Kreis-Chauſſeefonds und des Kreis-Kommunalfonds entnehme, theils durch eine amortiſirbare und durch Beiträge der Kreisinſaſſen zu verzinſende und zu tilgende Kreis-Anleihe beſchaffe", wurde mit großer Majorität abgelehnt; 3. ein Antrag des Kreisphyſikus Dr. Schaffranek, daß für jede Bezirks-Hebamme des Kreiſes ein Thermometer nach Celſius beſchafft werde, wurde genehmigt; 4. dem Vorſitzenden ertheilte die Verſammlung Vollmacht, Auflaſſungserklärungen der Grundeigenthümer, welche zum Bau der Chauſſee von Pinne nach Wronke Land abgetreten haben, Namens des Kreiſes entgegenzunehmen; 5. ein Antrag des Magiſtrats der Stadt Samter: „Zur Beſtreitung der der Stadt Samter durch Uebernahme der Landwirthſchafts-Schule entſtandenen dauernden Mehrausgaben einen Zuſchuß von etwa 1000 Mark jährlich bewilligen und die Begründung einiger Freiſtellen aus Kreismitteln beſchließen zu wollen, wurde abgelehnt. Hingegen bewilligte die Verſammlung einen Zuſchuß von jährlich 300 M., wofür 4 Freiſtellen, 2 für polniſche und 2 für deutſche Schüler, gegründet werden ſollen. Außerdem bewilligte der Kreistag noch 120 M. als Honorar für einen Lehrer, welcher dafür wöchentlich zwei Stunden polniſchen Unterricht in den unteren Klaſſen ertheilen ſoll. Zum Schluß erfolgte die Wahl ſtändiſcher Kommiſſionen. — Folgende Rittergüter im hieſigen Kreiſe befinden ſich im wenigſtens 50jährigen Beſitz einer Familie und ſind deren Beſitzer berechtigt, bei der Wahl eines Vertreters des alten und befeſtigten Grundbeſitzes zum Herrenhauſe mitzuwirken: 1) Emachowo, 2) Dobrojewo, 3) Galowo mit Jaſtrowo, 4) Konſinowo mit Miſzkowo, 5) Oporowo, 6) Pozarowo, 7) Klein Sokolnik, 8) Szczuczyn, 9) Wroblewo, 10) Przyborowo, 11) Kiontſchin. Sämmtliche Beſitzer mit Ausſchluß ad 10 ſind Polen. Der Landrath fordert alle diejenigen Beſitzer, deren Familien im Laufe dieſes Jahres in den 50jährigen Beſitz ein und deſſelben Gutes eintreten, bezw. ſchon gelangt waren, deren Güter aber vorſtehend nicht genannt ſind, auf, dies binnen ſpäteſtens 8 Tagen unter näherer Angabe des Alters ihres früheren Familienbeſitzes anzuzeigen.

L. **Oberſitzko**, 21. November. [Begräbniß.] Die Beerdigung des am 15. d. M. im Alter von 82 Jahren und 8 Monaten hier verſtorbenen königlichen Kreiswundarztes Dr. Auguſt Laſchke fand am 18. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr ſtatt. Von nah und fern waren außer ſeinen Söhnen, Töchtern und ſonſtigen Verwandten, ſeine Bekannten und Freunde, darunter auch der Landtagsabgeordnete v. Kurnatowski, herbeigeeilt, um dem braven Dahingeſchiedenen die letzte Ehre zu erweiſen. Ein unabſehbarer Zug folgte ſeinem mit Kränzen und Guirlanden geſchmackvoll gezierten Sarge von der evangeliſchen Kirche aus, wohin derſelbe getragen und in welcher die Leichenrede gehalten wurde, nach ſeiner letzten Ruheſtätte, wo er in das Gewölbe ſeiner vor 18 Jahren ihm vorangangenen Gattin beigeſetzt wurde. Der Heimgegangene wirkte über 59 Jahre hier ſegensreich als Arzt mit ſeltener Pflichttreue und aufopfernder, uneigennütziger Hingebung; er zeigte überhaupt jedem gegenüber ſich als Menſch, ohne Unterſchied der Konfeſſion. Dieſes bezeugte auch ſein Leichenbegängniß. Ueber 20 Jahre fungirte derſelbe hier nebenbei als Bürgermeiſter und erwarb ſich durch ſeine treue Verwaltung die Liebe der Bürger der Art, daß ſie ihn vor mehreren Jahren mit dem Ehrenbürgerrechte bedachten. Außerdem war der Daheimgegangene mit dem rothen Adlerorden 4. Kl. und dem Kronenorden dekorirt, welche von einem der hieſigen Stadtverordneten auf einem ſchwarzen Sammetkiſſen vor dem Sarge hergetragen wurde. Der Ruhm eines der beſten Bürger ſeiner Vaterſtadt folgt ihm über das Grab hinaus.

♉ **Kempen**, 20. November. [Diebſtähle. Vergebliche Brunnenbohrung. Landwirthſchaftliches.] Die Langfinger fangen an, vor den Feiertagen ſich bemerkbar zu machen. In den vergangenen Nächten fanden hier mehrere Einbrüche ſtatt, unter Anderen beim Kaufmann Herrn Trumpke, wo man in den Laden einbrach, die Tageskaſſe von 60 Mk. und verſchiedene Waaren ſtahl. — Die Bohrung nach der unterirdiſchen Quelle auf dem Markte hat man ſiſtirt, weil, nachdem die Tiefe von 108 Meter erreicht war, man noch immer nichts als rothe Thonerde ohne Waſſer erlangte. — Die Saaten ſtehen auf den hieſigen Feldern ſehr ſchön, weil die Aecker alle ſehr hoch gelegen ſind, die vielen Regengüſſe daher keinen Schaden brachten. Auch werden per Bahn aus der hieſigen Gegend ſehr viel Kartoffeln nach Oberſchleſien an die dort Nothleidenden verſandt.

Wongrowitz, 21. Nov. [Verhaftung eines Propſtes.] Am 18. iſt der Propſt P. aus dem nahegelegenen Städtchen M. verhaftet und in das hieſige Amtsgerichts-Gefängniß abgeführt worden. Wie man hört, ſoll eine Anklage auf Meineid vorliegen. Die Wirthin des Probſtes theilt das Schickſal ihres Herrn, iſt aber ſchon vor mehreren Wochen hierher eingeliefert worden. (Brb. Ztg.)

× **Schneidemühl**, 22. Nov. [Viehmarkt.] Heute Morgen überzogen ſich unſere Straßen dergeſtalt mit Glatteis, daß das Gehen auf denſelben recht ſchwierig wurde. Dieſer Umſtand übte auch auf den heutigen Viehmarkt einen nachtheiligen Einfluß aus. Der ohnehin mäßige Auftrieb zog verhältnißmäßig wenige Käufer an. Arbeitspferde beſter Waare wurden mit 320 bis 350 M. abzugeben; Kühe desgleichen mit 175—180 M. Der Futtermangel wirkte entſchieden auch herabdrückend.

♒ **Schneidemühl**, 22. Novbr. [Eiſenbahnbau. Lehmbahn. Theater.] Die Erdarbeiten zu der Schneidemühl-Deutſch-Croner Eiſenbahnſtrecke ſind nunmehr in Angriff genommen worden. — Auf dem Wege von Schneidemühl nach Schönfeld ſoll eine Lehmbahn angelegt werden. Der Koſtenanſchlag lautet auf 4605 M., welche Ausgabe unſerer Kommune anheim fallen würde. Auf Verwendung des Landraths v. Colmar hat ſich die Provinzialſtändiſche Chauſſee- und Wegebaukommiſſion bereit erklärt, die Hälfte der Koſten mit 2300 M. zu übernehmen. Die Stadtverordnetenverſammlung hat jedoch die Bewilligung der Koſten in Anbetracht, daß im Laufe des Etatsjahres dazu Mittel nicht vorhanden ſind und bei den ungünſtigen Verhältniſſen den Bürgern ein Mehr an Kommunalabgaben nicht aufgebürdet werden kann, abgelehnt. — Operndirektor Buggert hat ſich mit ſeinem Perſonal nach Konitz begeben und daſelbſt einen Cyclus von Vorſtellungen eröffnet.

r. Stadtverordnetenſitzung

am 24. November.

Anweſend ſind 22 Stadtverordnete und 5 Magiſtrats-Mitglieder; den Vorſitz führt Geh. Kommerzienrath B. Jaffe. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorſitzende einige geſchäftliche Mittheilungen. Vom Magiſtrate iſt eine Vorlage eingegangen, nach welcher vor und hinter dem Berliner Thore Uebergänge für Fußgänger in einer Breite von 3 Metern eingerichtet werden ſollen, auf denen man über den Straßendamm von einer Seite der Straße zur anderen gelangen kann; dieſe Uebergänge ſind um ſo nothwendiger, als nach einer neueren Polizeiverordnung durch die Thorpaſſage bekanntlich immer rechter Hand gegangen werden muß. Da die Angelegenheit bei der jetzigen Jahreszeit ſehr dringend iſt, der Gegenſtand aber nicht auf der Tagesordnung ſteht, ſo beſchließt auf Antrag des Kaufmanns Kantorowicz die Verſammlung, die von dem Magiſtrate zu dem angegebenen Zwecke beantragten 1800 M. vorläufig zu bewilligen, die Genehmigung des Koſtenanſchlags aber, nach Prüfung deſſelben durch die Baukommiſſion, für die nächſte Sitzung vorzubehalten.

Bekanntlich wurde in der vorigen Sitzung die Beſchlußfaſſung über die Entlaſtung der Rechnung über den Neubau einer Dampfmaſchine und die Erweiterung der Waſſerwerke vertagt, weil über die für die Montage der Maſchine beanſpruchte und ſchon verausgabte Summe von 1705 M. noch nähere Auskunft ertheilt werden ſollte. Wie der königliche Auktionskommiſſarius Manheimer nochmals mittheilt, iſt die Finanz- und Baukommiſſion, welche dieſe Angelegenheit vorberathen hat, gegen die Ertheilung der Decharge, weil für die Dampfmaſchine, inkl. Montage ꝛc. von der Verſammlung gemäß dem mit der Cegielski'ſchen Maſchinenfabrik abgeſchloſſenen Vertrage nur der Betrag von 88,500 M. bewilligt worden, und von einer beſonderen Vergütung für die Montage nicht die Rede geweſen ſei. — Kaufmann W. Kantorowicz weiſt jedoch darauf hin, daß in dem Kontrakte die beſondere Poſition enthalten ſei: Für Montage, unter der Annahme, daß die Direktion der Waſſerwerke alle erforderlichen Hülfsarbeiter, ſo viele von der Fabrik erbeten werden, zur Verfügung ſtellt, 900 M. — Stadtbaurath Grüder und Stadtrath Kommerzienrath S. Jaffe machen für die Bewilligung der 1705 M. für Montage die Uſance geltend, während Maurermeiſter Prausnitz auf den präziſen Vertrag hinweiſt. — Nachdem ſich auch Kaufmann Kirſten gegen die Bewilligung der 1705 M., Kaufmann Anderſch dagegen für die Bewilligung ausgeſprochen haben, beſchließt die Verſammlung auf Antrag des Juſtizraths Mützel Ueberweiſung der Angelegenheit an die Rechtskommiſſion.

Die Angelegenheit der Bewilligung von Mehrausgaben für das ſtädtiſche Pfandleihamt pro 1880/81 war in der vorigen Sitzung der Finanzkommiſſion, unter Hinzuziehung des Kaufmanns Ferd. Schmidt, als Mitgliedes der Pfandleihamts-Deputation, überwieſen worden. Wie nun Kaufmann Löwinſohn mittheilt, befürwortet die Kommiſſion die Bewilligung der Mehrausgaben in Höhe von 1570 M. für geleiſtete Mehrarbeiten, ſpricht ſich aber dagegen aus, daß außer den beiden Beamten, welche bisher an dem Pfandleihamte angeſtellt waren, künftig mehr Beamte beſchäftigt werden, wie dies in der angegebenen Zeit, für welche die Mehrausgabe beanſprucht wird, der Fall geweſen. Die Verſammlung bewilligt unter dieſer Vorausſetzung die beantragte Summe.

Von dem Kaufmann Kortak, welcher in Konkurs gerathen war, iſt die Wiederverleihung des Bürgerrechtes beantragt worden, nachdem derſelbe ſeine Gläubiger befriedigt hat; der Magiſtrat hat dieſes Geſuch befürwortet, und ebenſo ſpricht ſich Kaufmann Schmidt, welcher über dieſe Angelegenheit berichtet, für die Wiederverleihung aus. — Der königliche Auktions-Kommiſſarius Manheimer weiſt jedoch darauf hin, daß § 7 der Städteordnung, welcher von der Wiederverleihung des Bürgerrechtes handelt, durch die neue Konkursordnung modificirt worden ſei; während früher vom Gerichte nach Beendigung eines Konkurſes zur Wiedererlangung des Bürgerrechtes die Rehabilitation ausdrücklich ausgeſprochen werden mußte, laſſe die neue Konkursordnung nach rechtskräftiger Beendigung des Konkurſes die Rehabilitation ohne Weiteres eintreten. Wenn es ſich auch empfehle, in dem vorliegenden Falle keinen Einwand gegen die Wiederverleihung des Bürgerrechtes zu erheben, ſo möge doch das Votum der Rechtskommiſſion darüber eingeholt werden, wie es künftighin bei derartigen Geſuchen zu halten ſei. — Rechtsanwalt Orgler betont, daß bei der durch die neue Konkursordnung veränderten Sachlage ein Ausſprechen der Wiederverleihung des Bürgerrechts gar nicht nothwendig ſei, und Oberlehrer Dr. Haſſencamp empfiehlt mit Rückſicht darauf, daß die Verſammlung gar nicht einmal mehr das Recht habe, das Bürgerrecht zu verleihen, von der Wiederverleihung deſſelben an den Geſuchſteller abzuſehen und die Angelegenheit der Rechtskommiſſion zu überweiſen. Demgemäß wird von der Verſammlung Ueberweiſung an die Rechtskommiſſion beſchloſſen.

Behufs Herbeiführung einer Erhöhung der Tantième für Erhebung der Klaſſenſteuer und die Ueberweiſung der Einziehung der klaſſifizirten Einkommenſteuer und Gewerbeſteuer Litt. A. I. an die Stadtgemeinde war mit Rückſicht darauf, daß durch dieſe Arbeiten der Stadtgemeinde weit mehr Koſten verurſacht werden, als die Tantième beträgt, eine gemiſchte Kommiſſion eingeſetzt worden. Nachdem dieſelbe bei anderen Kommunen Erkundigungen eingezogen, durch welche ſich ergeben hat, daß keine Ausſicht zur Erzielung eines günſtigen Reſultates vorhanden iſt, beantragt, wie Kaufmann Löwinſohn mittheilt, die Kommiſſion, mit Rückſicht hierauf möge die Verſammlung von dem Verlangen nach einer Magiſtrats-Vorlage in dieſer Angelegenheit Abſtand nehmen. Dieſer Antrag wird von der Verſammlung angenommen.

Vom Magiſtrate iſt mit Hinweis darauf, daß die ſtädtiſche Pfandleihanſtalt einen neuen Aufſchwung nimmt, gemäß dem von der Pfandleihamts-Deputation ausgeſprochenen Wunſche die verſuchsweiſe Annahme eines Verſetzers und einer Verſetzerin für dieſe Anſtalt beantragt worden. — Nachdem jedoch der königliche Auktions-Kommiſſarius Manheimer ſich gegen dieſen Antrag ausgeſprochen, da kein Bedürfniß zu derartigen Anſtellungen vorhanden ſei, wird der Magiſtrats-Antrag abgelehnt.

Zum Mitgliede der Kaſſen-Reviſions-Kommiſſion wird an Stelle des ausgeſchiedenen Kaufmanns Sal. Briske auf Antrag der Wahlkommiſſion, in deren Namen Buchhändler Türk berichtet, Auktions-Kommiſſarius Manheimer und zum Stellvertreter Kaufmann Ferd. Schmidt gewählt.

In Betreff der Tilgung des aus dem Reichs-Invaliden-Fonds entnommenen Darlehens war der Verſammlung bereits in der vorigen Sitzung eine Magiſtratsvorlage zugegangen; dieſelbe wurde zur Vorberathung der Rechts- und Finanzkommiſſion überwieſen, in deren Namen Kaufmann Wilhelm Kantorowicz berichtet. Der Wortlaut der Magiſtratsvorlage lautet: „In der Schuldverſchreibung der Stadtgemeinde Poſen vom 9. Mai 1874 hat ſich dieſe das Recht vorbehalten, den planmäßigen Tilgungsfonds um höchſtens 5 Prozent des urſprünglichen Schuldkapitals für jedes Jahr zu verſtärken, ſich aber verpflichtet, ſpäteſtens im November des vorhergehenden Jahres der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds hiervon Anzeige zu machen. Nach dem Amortiſationsplane verbleiben von der urſprünglichen Darlehnsſumme von 2,250,000 Mark am 1. Januar 1881 als Reſtſchuld 2,069,700 M., wovon die Zinſen halbjährlich 46,568 M. betragen. Die Tilgungsquote, welche am 2. Januar 1881 zu zahlen iſt, beträgt 30,600 M. Die Deputation zur Verwaltung des Darlehns hat beim Magiſtrat den Antrag geſtellt: 1. von dem Eingangs erwähnten Vorbehalt im Jahre 1881 Gebrauch zu machen und den Tilgungsfonds um 5 Prozent des ganzen Darlehns mit 112,500 M. zu verſtärken; 2. dieſen letzteren Betrag von 112,500 M. aus dem Subſtanzvermögen des Fonds zu entnehmen 3. noch im Laufe des Novembers d. J. von dieſer Abſicht der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds Anzeige zu machen. Der Magiſtrat iſt den Anträgen der Deputation beigetreten und erſucht die Verſammlung: 1. ſich mit dieſen Anträgen gleichfalls einverſtanden erklären und 2. die Angelegenheit als eine dringliche in geſchäftliche Behandlung nehmen zu wollen. — Die Motive, welche die Deputation zur Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds bei ihren Anträgen geleitet haben, ſind folgende: Die Anleihe iſt aufgenommen zum Zwecke des Theaterbaus, des Neubaus der Walliſcheibrücke, der Kanaliſation. Die erſten beiden Unternehmungen ſind beendet, die Kanaliſation aber iſt in weite Ferne gerückt, nachdem die Staatsbehörden die Einführung der Fäkalien in die Warthe verboten haben und deren Wegſchaffung Schwierigkeiten begegnet, deren Beſeitigung bis jetzt nicht möglich war. Wie dem auch ſein mag, ſo beträgt das Subſtanzvermögen des Reichs-Invalidenfonds, nachdem die Mittel zum Bau der 4. Stadtſchule aus demſelben entnommen ſind, zur Zeit ungefähr 795,000 M., eine Summe, welche zur Ausführung der Kanaliſation nach dem vorliegenden Projekte, welches bekanntlich mit 1,200,000 M. abſchließt, nicht ausreichen werden, ſo daß zur Beſchaffung der zur Ausführung des Projektes nothwendigen Mittel auf eine weitere Anleihe zurückgegangen werden müßte. Wenn man die gegenwärtige Lage des Geldmarktes ins Auge faßt, und ferner daran feſthält, daß ein ſo großes Werk, wie die Kanaliſation, nur unter normalen politiſchen und wirthſchaftlichen Verhältniſſen in Angriff genommen werden würde, ſo darf man wohl annehmen, daß es einer Stadt, wie Poſen, gelingen werde, eine neue Anleihe zu 4 pCt. unterzubringen, alſo unter günſtigeren Bedingungen aufzunehmen, als es bei dem Darlehen aus dem Reichs-Invalidenfonds der Fall war, welches bekanntlich mit 4½ pCt. verzinſt wird. — Durch Annahme des obigen Vorſchlages der Deputation würde alſo das Projekt der Kanaliſation nach keiner Richtung hin gefährdet werden. Es tritt hinzu, daß die Fonds des Darlehns-Vermögens zur Zeit durchſchnittlich nicht mehr bringen, als 4 pCt., daß alſo durch Rückzahlung einer mit 4½ pCt. zu verzinſenden Kapitalsquote ein, wenn auch geringer Vortheil der Stadtgemeinde erwachſen werde, ſie auch bei den günſtigen Kursverhältniſſen der Gegenwart zur Rückzahlung der Kapitalsquote einen Theil der Effekten verwenden könnte, ohne daß ein Verluſt auf denſelben ruhte ꝛc." Dem Schluſſe der Vorlage iſt noch zu entnehmen, daß nach einem Anſchreiben der Verwaltung des Reichs-Invaldidenfonds die Erhöhung der Amortiſationsquote auch für ein einzelnes Jahr zuläſſig iſt, daß alſo kein Binden für die Zukunft aus der diesmaligen Abzahlung erwachſen würde. Die Tilgungsperiode, welche bis zum Jahre 1912 feſtgeſtellt iſt, würde durch eine derartige Abzahlung weſentlich abgekürzt werden. Eine Mindereinnahme pro 1881/82 würde ſich für die Stadtgemeinde inſofern herausſtellen, als die Einnahme aus den Zinſen von 112,500 M. in Wegfall kämen. — Wie Kaufmann Kantorowicz mittheilt, hat ſich die Finanz- und Rechtskommiſſion mit großer Majorität für den Antrag des Magiſtrats ausgeſprochen. Auch iſt in Erwägung gezogen worden, ob es ſich nicht empfehlen würde, überhaupt jährlich 112,500 M. ſtatt 30,500 M. zur Tilgung des Darlehns abzuzahlen, da es für die Stadtgemeinde um ſo vortheilhafter ſei, je weiter ſie in der Tilgung des Darlehns vorſchreite; es würde demgemäß für dieſen Fall die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds zu erſuchen ſein, dem Magiſtrate einen neuen Tilgungsplan einzuſenden. — Rechtsanwalt Orgler erklärt, er habe gegen die Abzahlung von 112,500 M. pro 1881 nur das Bedenken, daß dadurch der Etat pro 1881—82 um 4500 M. mehr belaſtet werden würde. — Maurermeiſter Prausnitz erklärt ſich mit der Motivirung, daß die Kanaliſation in weite Ferne gerückt ſei, nicht einverſtanden, und weiſt darauf hin, daß das Miniſterium der Stadtgemeinde aufgegeben habe, die vorhandenen ſanitären Uebelſtände zu beſeitigen, ſo daß die Regierung die ſtädtiſchen Behörden vielleicht nöthigen könne, dieſe Aufgabe zu erfüllen. — Rechtsanwalt Orgler weiſt darauf hin, daß dieſe Forderung der königl. Regierung mit der vorſtehenden Finanzoperation nichts zu thun habe. — Kommerzienrath S. Jaffe hebt die Vortheile, welche durch Abzahlung einer Quote von 112,500 M. für die Stadtgemeinde erwachſen würden, nochmals hervor. — Die Verſamm[illegible] Mark pro 1881.

Die Realſchul-Rechnung, und Rechnung der Fortbilduugsſchule pro 1879/89, über welche Juſtizrath Mützel berichtet, ferner die Rechnung der Pfandleihkaſſe pro 1878/79, und die Rechnung für das Feuerlöſchweſen pro 1879/80, über welche Kaufmann Anderſch Bericht erſtattet, die Stadtſchuldentilgungs-Rechnung, über welche Kaufmann Kantorowicz berichtet, und die Marſtall-Rechnung, über welche Kaufmann Kronthal referirt, werden von der Verſammlung entlaſtet.

Auf Antrag des Magiſtrats, an welchen ſich in dieſer Angelegenheit der Kommandant von Poſen, Generallieutenant v. Buſſe, gewendet hat, wird zur Unterhaltung reſp. Erweiterung der Promenade vor Baſtion Walderſee eine einmalige Beihülfe von 300 Mark gewährt.

Die Angelegenheit, betreffend die Herbeiführung einer Beſchwerde-Inſtanz über die Beſchlüſſe der Deputation für das Heimathsweſen, war im vorigen Jahre der Rechtskommiſſion zur Vorberathung überwieſen worden; nachdem dieſelbe den Magiſtrat erſucht hatte, Fälle feſtzuſtellen, in denen ſich eine Ueberbürdung der Kommune durch die Beſchlüſſe der Deputation ergeben hat, iſt nunmehr vom Magiſtrat der Antrag eingegangen, bei der gegenwärtig veränderten Sachlage von weiteren Schritten in dieſer Angelegenheit abzuſehen. Dieſer Antrag wird von der Verſammlung angenommen.

Damit erreicht die Sitzung, welche 4¼ Uhr Nachmittags begonnen hat, 7 Uhr Abends ihr Ende.

Der Geſetzentwurf,

betreffend die Einſetzung von **Bezirkseiſenbahnräthen** und eines **Landeseiſenbahnrathes** für die Staatseiſenbahn-Verwaltung,

lautet dem „Staatsanzeiger" zufolge alſo:

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zuſtimmung beider Häuſer des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1. Einleitende Beſtimmungen.

Zu beiräthlicher Mitwirkung in Eiſenbahnverkehrsfragen (§§ 6, 15) werden bei den für Rechnung des Staates verwalteten Eiſenbahnen errichtet:

a. Bezirkseiſenbahnräthe als Beiräthe der Staatseiſenbahndirektionen,

b. ein Landeseiſenbahnrath als Beirath der Zentralverwaltung der Staatseiſenbahnen.

A. Bezirkseiſenbahnräthe.

§ 2. Zahl.

Bezirkseiſenbahnräthe werden errichtet bei den königlichen Eiſenbahndirektionen zu Bromberg, Berlin, Magdeburg, Hannover, Frankfurt a./M. und Köln.

Der Bezirkseiſenbahnrath zu Köln fungirt für die Bezirke der königlichen Direktionen der rechtsrheiniſchen und der linksrheiniſchen Eiſenbahnen.

§ 3. Zuſammenſetzung und Wahl.

Die Bezirkseiſenbahnräthe werden aus Vertretern des Handelsſtandes, der Induſtrie, der Land- und Forſtwirthſchaft in der aus der Anlage erſichtlichen Anzahl zuſammengeſetzt.

Die Mitglieder werden auf Vorſchlag der Handelskammern und der

landwirthschaftlichen Zentralvereine für die Dauer von drei Jahren bestellt, und zwar:

a. in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg (ausschließlich Berlin), Schlesien und Sachsen von den Provinzialausschüssen,

b. in der Provinz Posen von dem Oberpräsidenten,

c. in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein von den ständischen Verwaltungsausschüssen,

d. in der Provinz Westfalen von dem provinzialständischen Verwaltungsausschuß,

e. in der Rheinprovinz von dem Provinzialverwaltungsrath,

f. in den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden (ausschließlich Frankfurt a. M.) von den kommunalständischen Verwaltungsausschüssen,

g. in den Städten Berlin und Frankfurt a. M. von den Magistraten.

Dieselben Personen können gleichzeitig Mitglieder mehrerer Bezirkseisenbahnräthe sein.

Die Auflösung der Bezirkseisenbahnräthe, sowie Aenderungen in der Zusammensetzung derselben, welche durch die Erweiterung des Staatsbahnnetzes oder durch Aenderungen in den Verwaltungsbezirken der Staatseisenbahndirektionen bedingt werden, erfolgen durch königl. Verordnung.

§ 4. Zulassung außerpreußischer Theilnehmer.

Wo der Bezirk einer Staatseisenbahndirektion außerpreußisches Gebiet — innerhalb des deutschen Reiches — umfaßt, können auf den Wunsch der betheiligten wirthschaftlichen Kreise unter Zustimmung der betreffenden Regierung auch aus diesem Gebiet Vertreter des Handelsstandes, der Industrie oder der Land- und Forstwirthschaft zur Theilnahme an den Verhandlungen des Bezirkseisenbahnrathes zugelassen werden. Die Anzahl derselben und die Art ihrer Einladung bestimmt der Minister der öffentlichen Arbeiten.

§ 5. Ausschüsse.

Jeder Bezirkseisenbahnrath bestellt für die Erledigung eiliger Sachen, sowie zur Vorbereitung seiner Berathungen aus seiner Mitte einen ständigen Ausschuß.

§ 6. Zuständigkeit.

Der Bezirkseisenbahnrath ist von der betreffenden Staatseisenbahndirektion in allen die Verkehrsinteressen des Bezirks oder einzelner Distrikte desselben berührenden wichtigen Fragen zu hören. Namentlich gilt dies von wichtigeren Maßregeln bei der Feststellung oder Abänderung der Fahrpläne und der Tarife.

In eiligen Fällen ist der Ausschuß (§ 5) und zwar nöthigenfalls auch im Wege schriftlicher Umfrage zu hören.

Bei Gefahr im Verzuge sind die von der Bahnverwaltung ohne vorherige Anhörung des Bezirkseisenbahnrathes oder des Ausschusses getroffenen wichtigeren Maßregeln dem Bezirkseisenbahnrath oder dem Ausschusse bei dem nächsten Zusammentritt mitzutheilen.

Der Bezirkseisenbahnrath kann in Angelegenheiten der vorbezeichneten Art auch selbständig Anträge an die Staatseisenbahndirektion richten und von dieser Auskunft verlangen.

§ 7. Zusammenberufung.

Der Bezirks-Eisenbahnrath wird von dem Präsidenten der Staats-Eisenbahn-Direktion nach Bedürfniß, mindestens aber zwei Mal jährlich berufen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt den Vorsitzenden und den Stellvertreter desselben.

Der Geschäftsgang wird durch ein von dem Minister zu genehmigendes Regulativ geordnet.

§ 8. Zuziehung anderer Eisenbahnverwaltungen und Staatsbehörden.

Den Sitzungen des Bezirkseisenbahnrathes können auf Einladung des Präsidenten der Staatseisenbahndirektion auch Vertreter anderer Eisenbahnverwaltungen oder Staatsbehörden beiwohnen.

§ 9. Vorerhebungen.

Erachtet der Bezirkseisenbahnrath bei seiner Beschlußfassung Vorerhebungen für erforderlich, so erfolgen dieselben durch die betreffende Staatseisenbahndirektion.

§ 10. Freie Fahrt zu den Sitzungen.

Die Mitglieder der Bezirkseisenbahnräthe erhalten Behufs Theilnahme an den Sitzungen freie Fahrt in beliebiger Wagenklasse auf den für Rechnung des Staats verwalteten Bahnen für die Reisen nach und von dem Orte der Sitzungen.

B. Landeseisenbahnrath.

§ 11. Zusammensetzung.

Der Landeseisenbahnrath besteht:

a. aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter;

dieselben werden vom Könige, und zwar auf die Dauer von drei Jahren ernannt;

b. aus je einem Kommissarius

1) des Ministers der öffentlichen Arbeiten,
2) des Ministers für Handel und Gewerbe,
3) des Finanzministers,
4) des Ministers für Landwirthschaft, Domänen und Forsten;

c. aus je drei Mitgliedern beider Häuser des Landtages nebst je drei Stellvertretern.

Dieselben werden für die Dauer der Legislaturperiode gewählt und fungiren bis zum Beginn der folgenden Legislaturperiode.

d. aus je einem Mitgliede für den Regierungsbezirk Kassel, den Regierungsbezirk Wiesbaden, die Stadt Berlin und die Stadt Frankfurt a. M.;

aus je zwei Mitgliedern für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Posen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Hannover;

aus je drei Mitgliedern für die Provinzen Schlesien, Westfalen und die Rheinprovinz,

nebst einer gleichen Anzahl von Stellvertretern.

Dieselben werden durch die Bezirkseisenbahnräthe aus den Kreisen der Land- und Forstwirthschaft, der Industrie oder des Handelsstandes innerhalb der Provinz beziehungsweise des Regierungsbezirks oder der Stadt auf die Dauer von drei Jahren gewählt, und zwar

für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen durch den Bezirkseisenbahnrath zu Bromberg;

für die Provinzen Pommern, Schlesien und Brandenburg, sowie für die Stadt Berlin durch den Bezirkseisenbahnrath zu Berlin;

für die Provinz Sachsen durch den Bezirkseisenbahnrath zu Magdeburg;

für die Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein, sowie für den Regierungsbezirk Kassel durch den Bezirkseisenbahnrath zu Hannover;

für die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz durch den Bezirkseisenbahnrath zu Köln;

für den Regierungsbezirk Wiesbaden und die Stadt Frankfurt a. M. durch den Bezirkseisenbahnrath zu Frankfurt a. M.

§ 12. Zuziehung von Sachverständigen.

Dem Minister der öffentlichen Arbeiten bleibt es vorbehalten, in geeigneten Fällen Spezialsachverständige bei den Berathungen behufs Auskunftertheilung zuzuziehen.

§ 13. Ausschuß.

Aus seiner Mitte bestellt der Landeseisenbahnrath einen ständigen Ausschuß zur Vorbereitung seiner Berathungen.

§ 14. Zusammensetzung des Ausschusses.

Der Ausschuß besteht:

1) aus dem Vorsitzenden des Landeseisenbahnraths und dessen Stellvertreter (§ 12 Litt. a);

2) aus zwei Ministerial-Kommissarien (§ 11 Litt. b);

3) aus je zwei Mitgliedern der Häuser des Landtags nebst je zwei Stellvertetern (§ 11 Litt. c);

4) aus vier Seitens der Bezirkseisenbahnräthe in den Landeseisenbahnrath gewählten Mitgliedern und vier Stellvertretern (§ 11 Litt. d).

(Fortsetzung folgt).

Landwirthschaftliches.

□ **Fraustadt**, 23. November. [Rustikalverein.] In der Versammlung des landwirthschaftlichen Rustikalvereins am Sonntage stellte der Vorsitzende zunächst den Sanitätschemiker Dr. Breslauer aus Lissa der Versammlung vor, welcher Herr bereitwilligst einen Vortrag über „die Ernährung der Pflanzen und ihre Beziehung zum Boden" für diese Versammlung zugesagt hatte. Sodann berichtete der Vorsitzende, daß er in der vorigen Woche den Sitzungen des landwirthschaftlichen Rustikalvereins zu Lissa wie des Hauptvereins der Kreise Fraustadt-Kosten-Kröben beigewohnt habe. Unter den verschiedenen Mittheilungen interessirte den diesseitigen Verein vor Allem die Aufforderung des Vorstandes des Hauptvereins, daß die Rustikalvereine als Zweigvereine des Hauptvereins für jedes ihrer zahlenden Mitglieder einen Beitag von jährlich 50 Pf. an die Kasse des Hauptvereins zu zahlen hatten. Bisher war ein Pauschquantum von 15 Mark seitens des hiesigen Vereins gezahlt worden. Man beschloß diese Anngelegenheit auf die nächste Tagesordnung zur Berathung und Abstimmung zu setzen. Nach kurzer Berührung der von der antisemitischen Partei dem Vorsitzenden zur Erzielung von Unterschriften zugegangenen Petition begann Dr. Breslauer mit seinem Vortrage. Nachdem derselbe in der Einleitung auf den fortwährenden und allgemeinen Kreislauf des Stoffes in der ganzen Schöpfung und in allen Reichen der Natur hingewiesen hatte, wies er nach, wie dieser Stoffwechsel namentlich auch durch das Pflanzenreich bewirkt werde, wie die Pflanzen im Stande seien, unorganische (mineralische) Stoffe in organische zu verwandeln. Er wies historisch nach, wie man die zur Ernährung der Pflanzen nöthigen unorganischen Stoffe dem Boden zuerst durch Brache, dann durch den Kleebau, durch Fruchtwechsel, durch erhöhte Zufuhr von thierischen Exkrementen und durch künstliche Dungmittel wieder zuzuführen resp. zu ergänzen gesucht habe. Im zweiten Theile des Vortrages beleuchtete Referent, wie verschieden sich der Boden zur Absorbtion der unorganischen Nährstoffe der Pflanzen verhalte, verbreitete sich dann noch über den Werth der in neuester Zeit zumeist angewandten künstlichen Dungmittel und empfahl speziell den Anbau der Zuckerrübe als einer Frucht, welche die darauf verwandte Mühe reichlich lohne. Zum Schlusse des mit großer Wärme gehaltenen Vortrages zeigte Referent an der Hand der Geschichte und an den Kulturvölkern des Alterthums das Verhältniß der Landwirthschaft zur Kultur der Völker, hob hervor, daß die eingeführte und fortschreitende Landwirthschaft überall auch Fortschritte in den Sitten, in den Wissenschaften und in der Kultur der Völker bewirkt habe und begründete damit auch die in neuerer Zeit immer mehr hervortretende erfreuliche Erscheinung, daß die Wissenschaft, namentlich die Chemie, sich der Landwirthschaft zuwende. — Die Versammlung sprach dem Referenten für den so erschöpfenden und anregenden Vortrag durch Erheben von den Plätzen ihren Dank aus, worauf Dr. Breslauer sein ferneres Interesse für den Verein zusicherte. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Aus dem Gerichtssaal.

C. **Posen**, 23. November. [Schwurgericht: Angriff auf einen Forstbeamten und Körperverletzung desselben; Verbrechen wider die Sittlichkeit.] Die erste Verhandlung des heutigen Tages hatte dasselbe Verbrechen zum Gegenstande, wie die erste Verhandlung von gestern. Unter der Anklage desselben steht der Arbeiter Marcel Kaczmarek aus Santomischel. Derselbe soll den 17jährigen Forstgehilfen Franz Szydlowski in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes am 16. Dezember v. J. angegriffen und demselben eine Körperverletzung beigebracht haben. Der Angeklagte ging an dem gedachten Tage mit seiner Frau und zwei anderen Frauen in den gräflichen Wald bei Santomischel, um Holz zu stehlen. Hierbei wurden die Betheiligten von dem Forstgehilfen Szydlowski überrascht. Derselbe nahm zweien Frauen einige Gegenstände zum Pfande weg. Als er auch der Frau Kaczmarek ein Pfandstück nehmen wollte, suchte diese sich durch die Flucht der Pfändung zu entziehen. Szydlowski holte sie jedoch ein. Da sprang aber der Angeklagte, den Szydlowski bis dahin gar nicht bemerkt hatte, auf ihn zu und schlug ihn mit einem Knüppel über den Kopf, so daß, obwohl der Kopf durch eine Wintermütze geschützt war, das Blut herunterfloß. So die Erzählung des Schydlowski. Der Angeklagte räumte Alles ein bis auf den Umstand, daß er den Szydlowski mit einem Stocke geschlagen habe; er will zum Schlage nur eine Gerte benutzt haben. Er setzte auch die Behauptung hinzu, daß Szydlowski ihn durch Mißhandlung seiner Frau gereizt resp. ihn dadurch zur Vertheidigung seiner mißhandelten Frau angetrieben habe. Vor Allem stellte der Angeklagte aber entschieden in Abrede, daß er den Szydlowski gekannt und daß er gewußt habe, dieser sei als Waltwärter angestellt. Die beiden Frauen, die zuerst gepfändet waren, haben die Körperverletzung des Szydlowski nicht gesehen, da sie, als die Frau Kaczmarek floh, auf dem alten Platze blieben. Sie bekundeten aber, daß Szydlowski von der Verfolgung der Kaczmarek zurückkehrend, von Blut überströmt gewesen sei. Dieselben gaben auch an, daß ihnen Szydlowski in seiner Eigenschaft als Waldwärter wohl bekannt gewesen sei, da er mit seinem Einspänner durch die gräflichen Forsten zu fahren pflegte. Szydlowski selbst bekannte übrigens, daß er nicht wisse, ob ihn Kaczmarek gekannt habe. Die Geschworenen spzachen den Angeklagten unter Annahme mildernder Umstände des ihm zur Last gelegten Verbrechens schuldig. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu zwei Jahren Gefängniß.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde sodann gegen den Wirthssohn Wojciech Michalak, den Knecht Wawrzyn Blaszyk und den Wirthssohn Caspar Bernacki verhandelt. Dieselben wurden des ihnen zur Last gelegten Verbrechens wider die Sittlichkeit für schuldig erklärt und deshalb der erste zu zwei Jahren, die andern zu je einem Jahre Gefängniß verurtheilt.

* Obwohl im Geltungsbereich des Preußischen Allgemeinen Landrechts im Allgemeinen mündliche Nebenabreden neben schriftlichen Verträgen nicht klagbar sind, so sind doch, nach einem in Uebereinstimmung mit dem ehemaligen preußischen Ober-Tribunal ergangenen Erkenntniß des Reichsgerichts, vom 29. Juni d. J. die einer Grundstücksauflassung vorangegangenen mündlichen Nebenabreden neben dem schriftlichen Kaufvertrage gültig und klagbar.

* § 120 Theil I. Titel 8 des Allgemeinen Landrechts lautet: Auch die Winkel oder Zwischenräume zwischen den Häusern werden in der Regel für gemeinschaftlich erachtet. Das Gesetz stellt hierin, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, vom 6. März d. J. eine Vermuthung für das gemeinschaftliche Eigenthum auf. Es gestattet jedoch die Widerlegung derselben und zwar nicht blos durch den Beweis des Allein-Eigenthums von Seiten eines der Nachbaren, sondern auch durch die Art der Benutzung der Zwischenräume. Bei beiden Arten der Widerlegung der aus § 120 cit. entspringenden gesetzlichen Vermuthung trifft jedoch denjenigen Nachbar, welcher den andern von der Mitbenutzung des Winkels ausschließen will, die Beweislast.

* Die Bestimmung des § 183 des Strafgesetzbuches, wonach derjenige, welcher durch eine unzüchtige Handlung öffentlich ein Aergerniß giebt, mit Gefängniß bestraft wird, findet nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, I. Straffenat, vom 12. Juli d. J., auch dann Anwendung, wenn auch nur eine Person an der an einem öffentlichen Orte vorgenommenen unzüchtigen Handlung, an welchem auch Andere diese Handlung wahrnehmen konnten, Aergerniß genommen hat.

Vermischtes.

* **Das geheimnißvolle Dunkel**, welches die Bochumer Morde bisher umhüllte, hat sich, wie es scheint, seit den letzten Tagen etwas gelichtet. Man glaubt den Verbrecher sogar entdeckt zu haben, und derselbe dürfte in diesem Augenblicke wohl schon in den Händen der Behörde sein. Der muthmaßliche Mörder gehört nicht etwa der untersten Volksklasse, sondern den besseren Ständen an und ist ein Techniker, der in den letzten Jahren sich öfter in der Gegend von Bochum aufhielt. Um die Zeit des Mordes an der Hebeamme Becker war dies ebenfalls wieder der Fall. Nach seiner Abreise bemerkte der Wirth, bei dem er logirt hatte, einen Regenschirm, den er als seinem Gaste gehörig erkannte. Er stellte denselben zurück, um ihn dem Gaste gelegentlich wieder einzuhändigen. Vor einigen Tagen nahm der Wirth diesen Schirm zufällig in die Hand und bemerkte, daß derselbe über und über mit Blut befleckt war. Es stieg nun in ihm der Verdacht gegen seinen Gast auf, daß er der längst gesuchte Mörder sein könne und in diesem Verdachte wurde er um so mehr bestärkt, als er den Verdächtigen als einen mürrischen, stets verschlossenen und alle Gesellschaft meidenden Menschen kannte. Er machte Anzeige und es gelang der Bochumer Polizei, in aller Stille sich ein paar Stiefel des Verdächtigen aus seinem jetzigen Aufenthaltsort zu verschaffen. Diese paßten ganz genau in die Fußspuren, welche man an der Stelle gefunden, wo die Hebeamme Becker ermordet worden, und von denen man am Tage der Entdeckung sofort Gipsabgüsse genommen hatte. Auch der Milchbauer, welchem der Mörder mit der Frau Becker vor der That begegnet war, der ihm aber nicht ins Gesicht sehen konnte, weil er sich einen Regenschirm vorhielt, will sich jetzt ganz genau erinnern, daß der Begleiter der Frau Becker jener Techniker gewesen sei, der ihm wohl von Ansehen, nicht aber seinem Namen und seiner Beschäftigung nach bekannt war. Auf diese Verdachtsgründe hin erfolgte der telegraphische Befehl zur Verhaftung, und dürfte der Mörder in diesem Augenblicke wohl schon gefaßt sein. — So die „Trib.". Hoffen wir, daß diese Nachricht sich bestätigen und der wirkliche Mörder sich in den Händen der Behörde befinden möge.

Briefkasten.

S. D. Kobylin. Ihre Frage ist in der gestellten Art nicht recht verständlich. Anscheinend sind Sie auf Zahlung einer bestimmten Summe verklagt worden, während Sie sich nur zur Rechnungslegung für verpflichtet ansehen. Sie müssen diese Behauptung Einredeweise geltend machen, und wird dann das Amtsgericht eventuell seine Unzuständigkeit aussprechen und den Rechtsstreit gemäß § 467 C. P. O. an das Landgericht verweisen. Daraus, daß Kläger eine bestimmte Summe fordert, ist nicht mit Nothwendigkeit zu entnehmen, daß er auf die Rechnungslegung verzichtet. Es würde dies Sache des speziellen Falles sein, zu dessen Beurtheilung Ihre Anfrage keinen ausreichenden Anhalt giebt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1. in unser Gesellschafts-Register bei Nr. 360: Die Handelsgesellschaft **Wegner & Wolinski** ist durch den Austritt des Kaufmanns **Stanislaus Wolinski** aufgelöst, der Kaufmann **Cyprian Wegner** setzt das Geschäft unter derselben Firma fort; vergl. Nr. 2009 des Firmenregisters;
2. in unser Firmenregister unter Nr. 2009 die hiesige Firma **Wegner & Wolinski** und als deren Inhaber der Kaufmann **Cyprian Wegner** zu Posen.

Posen, den 25. November 1880.

Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Brauereibesitzer **Gebr. Friedrich und Otto Zeidler** hierselbst ist in Folge eines von den Gemeinschuldnern gemachten Vorschlages zu einem Zwangsvergleiche Vergleichstermin auf

den 14. Dezbr. 1880,
Vormittags 10 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst anberaumt.

Schwerin a. W., den 23. November 1880.

Flachshar,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Am 19. November d. J. ist durch die Wasser- und Kloaken-Leitung des Bahnhofes Schneidemühl eine zerstückelte und mit vielen scharfrandigen Wunden bedeckte weibliche Kindesleiche ausgespült worden. Dieselbe muß nach den angestellten Ermittelungen in der Zeit vom 17. zum 18. d. M. — vermuthlich von einer durchreisenden Person — auf der Frauen-Retirade des Bahnhofs in die Klosetöffnung gesteckt worden sein.

Die Obduktion hat ergeben, daß das Kind nach der Geburt gelebt hat, und daß seit dem Tode desselben schon mehrere Wochen verstrichen sind.

Jeder, der in Beziehung auf das Verbrechen Auskunft zu geben vermag, wird um schleunigste Anzeige ersucht.

Schneidemühl, den 22. Nov. 1880.

Der Erste Staatsanwalt.

Oeffentliche Aufforderung.

Die verwittwete Frau Kaufmann **Henriette Kahnemann** geborene **Richemann** in Berlin hat bei dem unterzeichneten kompetenten Amtsgericht den Antrag gestellt, gegen ihren am 21. November 1847 in Flatow aus ihrer Ehe mit ihrem verstorbenen Ehegatten **Hirsch Kahnemann** geborenen Sohn **Levy Kahnemann**, welcher im Jahre 1863 nach Amerika ausgewandert und seit dem Jahre 1866 verschollen sein soll, das Todeserklärungsverfahren zu eröffnen.

Demgemäß wird der genannte **Levy Kahnemann** aufgefordert, von seinem Leben und Aufenthalt dem unterzeichneten Amtsgericht bis zu dem Termine

d. 17. Februar 1881

und spätestens in demselben Anzeige zu machen, widrigenfalls er für todt erklärt werden wird.

Wirsitz, den 16. Nov. 1880.

Königl. Amtsgericht.

Auktion.

Montag den 29. November c., Vormittags 10 Uhr, und **Dienstag den 30. November c.**, Vormittags 9 Uhr, werde ich im Auktions-Lokale der Gerichtsvollzieher, Wilhelmsstraße, verschiedene Gold- und Silberwaaren, als: Leuchter, Zuckerkörbe, Uhren, Löffel, Messer, Gabeln, goldene Colliers, Brochen, Medaillons, Ohrgehänge, Armbänder, Ringe, Uhrketten, Granatgarnituren und Korallenketten, ferner eine vollständige Ladeneinrichtung und verschiedene andere Gegenstände gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigern.

Blümel,
Gerichtsvollzieher in Posen.

Oberschlesische Eisenbahn.

Am 1. Dezember cr. tritt zu dem Tarifhefte 4 des Deutsch-Polnischen Verbands-Tarifs der 1. Nachtrag in Kraft. Derselbe enthält zum Theil erhöhte, zum Theil ermäßigte Frachtsätze, und neue Frachtsätze zwischen Ruda-Guzowska, Station der Warschau-Wiener Eisenbahn einerseits und den übrigen Verbands-Stationen andererseits, sowie einen Ausnahme-Tarif für Cement-Transporte.

Exemplare dieses Nachtrages sind von dem genannten Tage ab auf den Verbands-Stationen käuflich zu haben.

Breslau, den 20. November 1880.

Königl. Direktion.

Deutsch-Russischer Eisenbahn-Verband.

Vom 1. Dezember 1880 neuen Styls ab werden die Frachtsätze der Artikeltarife 1 und 3 à 10,000 Kilogramm zwischen den russischen Stationen Antonopol, Aut, Borisoglibsk, Brjänsk, Dorpat, Dünaburg (D. W. E.), Graesi (D. G. E.), Graesi (G. Z. E.), Feletz (D. G. E.) [Waarenstation], Feletz (D. G. E.) [Passagierstation], Karatschew, Koslow (R. W. R. E.), Kowno, Kreuzburg, Laudwarowo, Libau, Lipezk, Mitau, Narwa, Orel (D. W. E.), Ostrow, Polozk, Poniewisch, Potschinok, Pskow, Radsiwilischk, Rossoschnoje, Reval, Riesbiza, Riga (R. D. E.), Riga (M. E.), Roslawl, Rschew, Rybinsk, Schaulen, Slawjanischk, Smolensk (D. W. E.), Smorgon, St. Petersburg (Zollstation), St. Petersburg (St. P. W. E.), Svienziany, Twer, Werchowje, Wileika, Wilna, Witebsk, Wolga, Woronesch und Zarizyn einerseits und der Station Posen der Oberschlesischen Eisenbahn andererseits hinsichtlich der Markantheile und zwar bei Sendungen des Artikeltarifs 1 à 10,000 Kilogramm auf 1,89 Mark und bei Sendungen des Artikeltarifs 5 à 10,000 Kilogramm auf 1,17 Mark pro 100 Kilogramm ermäßigt.

Bromberg, den 19. November 1880.

Königliche Eisenbahn-Direction als geschäftsführende Verwaltung.

Aufgebot.

Der Wirth **Ludwig Jahnke** zu **Glembokie Kolonie** hat das Aufgebot der unbekannten Eigenthumsprätendenten des Grundstücks **Glembokie Kolonie Nr. 8** (früher 18), dessen letzteingetragene Eigenthümer die **Jacob** und **Marianna Powalowski** alias **Gapinski**'schen Eheleute gewesen sind, beantragt.

Als Rechtsnachfolger der bereits verstorbenen **Powalowski** alias **Gapinski**'schen Eheleute sind:

1) die Wirthsfrau **Marianna Wisniewska** geborene **Gapinska**,
2) die Tagelöhnerfrau **Rosalie Nowak** geb. **Gapinska**,
3) der Tagelöhner **Anton Gapinski**,
4) die Wittwe **Hedwig Polska** geb. **Gapinska**,
5) **Marianna Jackowiak** geb. **Gapinska**

angegeben.

Es werden daher die vorstehend genannten Personen, sowie die übrigen unbekannten Eigenthumsprätendenten aufgefordert, ihre etwaigen Eigenthumsansprüche an das Grundstück **Glembokie Kolonie Nr. 8** (früher 18) in dem vor dem hiesigen Amtsgericht vor dem Amtsrichter **Jahns** auf

Dienstag,
den 1. Februar 1881,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Termine anzumelden und ihr Eigenthumsrecht zu bescheinigen.

Budewitz, den 5. November 1880.

Königl. Amtsgericht.

Aufgebot.

Als Eigenthümer des Grundstücks **Dolzig Nr. 175** ist im Grundbuche des Stadtgemeindebezirks **Dolzig**, Band IV, Seite 435 ff. der **Ignatz Latanowicz**, welcher mit seiner Ehefrau **Regina**, gebornen **Wyszczynska** in Gütergemeinschaft lebt, eingetragen. Diese Eheleute haben das Grundstück durch notariellen Vertrag vom **30. März 1857** an **Josef Luczkiewicz** veräußert und sich den Besitz desselben bis zum Tode des **Ignatz Latanowicz** vorbehalten. **Josef Luczkiewicz** und dessen Ehefrau **Faustine**, geborne **Latanowicz**, haben darauf die ihnen aus jenem Vertrage zustehenden Rechte an **Josef Mrugalski**, nach der gerichtlichen Verhandlung vom **22. September 1859** abgetreten, wonächst der Bürger **Casimir Smigielski** zu **Dolzig** dieselben Rechte durch gerichtlichen Vertrag vom **24. October 1860** von den **Josef** und **Margaretha Mrugalski**'schen Eheleuten erworben hat. Der **Casimir Smigielski** ist am **5. Juli 1879** zu **Dolzig** mit Hinterlassung seiner gütergemeinschaftlichen Ehefrau **Sophie**, gebornen **Jgnaszewska**, und seiner sechs Kinder **Valentin**, **Marianna**, **Juliane**, verehelichte **Johann Latanowicz** in **Dolzig**, **Felix**, **Hedwig**, **Michael**, **Anton**, verstorben, welche nicht im Stande sind, eine Erklärung über die Uebergabe des Grundstücks beizubringen und deshalb als Eigenthümer im Grundbuch nicht eingetragen werden können. Auf Antrag der Wittwe und Erben des **Casimir Smigielski** werden alle diejenigen Personen, welche an das Grundstück **Dolzig 175** Eigenthums-Ansprüche erheben wollen, hierdurch aufgefordert, spätestens in dem auf den

7. März 1881,
Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle im Zimmer Nr. 11 vor dem Herrn Amtsrichter **Gottschalk** anberaumten Termine ihre Ansprüche anzumelden, widrigenfalls sie ihrer etwaigen Real-Ansprüche werden verlustig erklärt werden und die Eintragung der Wittwe und Erben des **Casimir Smigielski** als Eigenthümer in das Grundbuch erfolgen wird.

Schrimm, den 6. November 1880.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Zirke, Gemeindebezirk Zirke, Kreises Birnbaum belegene, im Grundbuche von Stadt Zirke Band 12 Blatt 10 Nr. 301 eingetragene, der Frau **Pauline Busse** geb. **v. Tybiszewska** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 2 Hektaren 20 Aren und mit einem Reinertrage von 0,29 Thlr. der Grundsteuer unterliegt und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 240 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der **nothwendigen Subhastation**

den 20. Januar 1881,
Vormittags 11 Uhr,

in dem Geschäftszimmer der Gerichtstagskommission zu Zirke versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und alle sonstigen, das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei I b des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 21. Januar 1881,
Vormittags um 11 Uhr,

in unserem Geschäftsgebäude hierselbst, Zimmer Nr. 4, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Birnbaum, den 6. Nov. 1880.

Königl. Amts-Gericht.

Aufgebot.

Die der Person oder dem Aufenthaltsorte nach unbekannten Erben der zu **Hellefeld** am 12. Oktober 1856 kinderlos mit Hinterlassung von Geschwistern und Geschwisterkindern verstorbenen Wirthsfrau **Catharina Etter** geb. **Dreher**, nämlich:

1. Die Kinder und Erben ihrer vor ihr verstorbenen, mit dem angeblich bei Warschau ertrunkenen **Johann Schweizer**, verheirathet gewesenen Schwester **Martha Schweizer** geb. **Dreher**, namentlich die Geschwister **Johann**, **Martin**, **Anna Marie**, **Anna Catharina** und **Wilhelm Schweizer**, beziehentlich deren Erben.
2. Die Kinder, Kindeskinder und Erben ihrer am 1. Januar 1853 verstorbenen Schwester **Anna Marie** geb. **Dreher**, verehelichten **Conrad Goehring**, nämlich:
   a. der angeblich nach Berlin gegangene Arbeiter **Johann Georg Litschke**, ein Sohn der verstorbenen **Georg** und **Marie** gebornen **Göhring Litschke**'schen Eheleute,
   b. die angeblich zu Langenfeld bei Kalisz im Jahre 1872 verstorbenen **Anna Goehring**, verehelicht gewesene Schmied **Gottfried Labitzke** und deren Sohn **Friedrich Wilhelm Labitzke**, angeblich Schmied zu Murawin bei Kalisz,
   c. die **Julianne** geb. **Goehring**, verehelichte Schmied **Gottfried Labitzke**, angeblich zu Murawin bei Kalisz,
3. Der am 1. Oktober 1825 geborne **Johann Leopold**, ein Sohn der verstorbenen Tagearbeiter **Michael** und **Christiane** geb. **Dreher Leopold**'schen Eheleute,
4. Die Erben der zuletzt in Schoppen bei Warschau wohnhaft gewesenen **Anna** geb. **Dreher**, verehelichten **Martin Leins**,

werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche und Rechte auf den Nachlaß der verstorbenen **Catharina Etter** geb. **Dreher** spätestens in dem auf

am 5. Februar 1881,
um 10 Uhr Vormittags,

vor dem Herrn Amtsgerichts-Rath **Kasel** im Zimmer Nr. 5 anstehenden Termine anzumelden und urkundlich nachzuweisen, widrigenfalls der bezeichnete Nachlaß den bereits legitimirten, ihrem Aufenthaltsorte nach bekannten Erben zur freien Verfügung ausgeantwortet werden wird.

Krotoschin, den 22. Sept. 1880.

Königl. Amtsgericht.
Kasel.

Aufgebot.

Nach dem mittelst rechtskräftigen Urtheils des früheren Königlichen Kreis-Gerichts zu **Grätz** vom 19. Januar 1877 für todt erklärten **Thomas Isidor Erasmus von Jabłkowski** ist in der **Wotzeich von Opalenski**'schen Nachlaßsache ein Nachlaß von 868 Mk. 96 Pf. erhoben worden. Von den Erben des Erblassers hat sich nur der Gutsbesitzer **Boleslaus von Jabłkowski** aus **Siedlaczkowo** als Erbe gemeldet. Derselbe hat jedoch sein Erbrecht nicht gehörig nachzuweisen vermocht. Die übrigen Erben sind unbekannt. Auf den Antrag des dem Nachlasse als Pfleger bestellten Herrn Justizrath **Krause** zu **Grätz** werden hiermit alle unbekannten Erben und deren Erben oder nächste Verwandten des **Thomas Isidor Erasmus von Jabłkowski** aufgefordert, sich spätestens in dem auf

den 20. Juni 1881,
Vormittags 12 Uhr,

vor dem Amts-Gericht hierselbst anberaumten Termine zu melden und ihr Erbrecht gehörig nachzuweisen, widrigenfalls dieselben mit ihren Ansprüchen an den Nachlaß mit der Maßgabe ausgeschlossen werden, daß sie gehalten, die Handlungen und Dispositionen derjenigen Erben, die sich melden und denen der Nachlaß zur freien Disposition nach erfolgter Legitimation verabfolgt werden wird, anzuerkennen und zu übernehmen, daß sie nicht befugt, von diesen Erben Rechnungslegung noch Ersatz der gehobenen Nutzungen zu fordern, vielmehr sich lediglich mit dem, was alsdann von der Erbschaft noch vorhanden wäre, zu begnügen verbunden, daß ferner unter Vorbehalt der Ansprüche des **Boleslaus von Jabłkowski** der Nachlaß als ein herrenloses Gut dem Fiskus zugesprochen wird.

Grätz, den 7. September 1880.

Königliches Amtsgericht.

Der **Joseph Kosciolowicz**, leiblicher Sohn der **Felix** und **Marianna Kosciolowicz**'schen Eheleute und Ehemann der am 23. Jan. 1829 verstorbenen **Marianna** geborenen **Byczynska**, welcher vor 50 Jahren in Bnin gewohnt haben soll, und verschollen ist, wird hiermit aufgefordert, sich spätestens in dem auf den

1. Oktober 1881,
Mittags 12 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle anberaumten Termine schriftlich oder persönlich zu melden, widrigenfalls er auf den gestellten Antrag wird für todt erklärt werden.

Auch seine unbekannten Erben und Erbnehmer werden hiermit zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu jenem Termine vorgeladen.

Schrimm, den 18. Oktober 1880.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Ziehung der Gewinne der Lotterie zum Besten des Provinzial-Krieger-Denkmals beginnt

am 30. November d. Js., Vormittags 9 Uhr, im hiesigen Lambert'schen großen Saale.

Gewinne à 1500, 1000, 500, 100, 50 M. u. s. w.

Der Verkauf der Loose findet in den bekannten Verkaufsstellen statt.

Der geschäftsführende Ausschuß des Comité's zur Errichtung eines Provinzial-Krieger-Denkmals in der Stadt Posen.

Braunkohlen

aus den anerkannt besten Schwiebus'er Gruben, **Anna, Mathilde**, die den Böhmischen in der Heizkraft ziemlich gleich sind, empfiehlt

Stückkohle p. Hectl. mit Rm. 0,55
Würfelkohle " " " 0,45
Förderkohle " " " 0,35

frei Bahnhof **Schwiebus** bis auf Weiteres.

F. Wegener,
Frankfurterstraße 38.
Schwiebus.

Ernst Engel's Fussbodenlack,

streichfertig, glänzend, haltbar, schnell trocknend, ½ Ko. à 1 M. 10 Pf., 1 Ko. à 2 M. 20 Pf. incl. Orig.-Flasche (½ Ko. für eine einfenstrige Stube genügend).

Haupt-Depot:
Roman Barcikowski in Posen.

Fabrik-Comptoir: **Ernst Engel, Berlin SW.**, Friedrichstr. 34.

Ein wahrer Schatz

für die unglücklichen Opfer der **Selbstbefleckung [Onanie]** und **geheimen Ausschweifungen** ist das berühmte Werk:

Dr. Retau's Selbstbewahrung.

77. Aufl. Mit 27 Abbild. Preis 3 Mark.

Lese es Jeder, der an den **schrecklichen Folgen** dieses Lasters leidet, seine aufrichtigen Belehrungen **retten jährlich Tausende vom sichern Tode.** Zu beziehen durch **G. Pönicke's Schulbuchhandlung in Leipzig**, sowie durch jede Buchhandlung. In Posen vorräthig in der Buchhandlung von

J. Jolowicz.

Emser Pastillen,

aus den festen Bestandtheilen des Emser Wassers unter Leitung der Administration der König Wilhelms Felsenquellen bereitet, von bewährter Heilkraft gegen die Leiden der Respirations- und Verdauungs-Organe, in plombirten Schachteln mit Kontrolstreifen vorräthig: in Posen Engros - Lager in der Brandenburgischen Apotheke, ferner auf Lager in der Rothen Apotheke, Markt 37, in der Dr. Wachsmann'schen Apotheke, Breslauerstrasse, u. in J. Schleyer's Droguen - Handlung, Breitestrasse 13.

Engros-Versandt: Magazin der Emser Felsenquellen in Köln.

Allen Magenleidenden

empfehle ich die soeben in 40. Auflage erschienene Brochüre:

Das naturgemäße Heilverfahren durch Kräuter u. Pflanzen von Dr. Wilhelm Ahrberg.

Preis 50 Pf.

Friedrich Stahn, Verlagsbuchhandl., Berlin, 122a Wilhelmstr.

Grundstück,

bestehend aus einem Wohnhaus mit Werkstatt und Stallungen, großem Holzschuppen, großem Hofraum und Garten, ist besonderer Verhältnisse wegen unter den günstigsten Bedingungen zu verkaufen. Näheres bei Herrn Górski in Kosten.

Eine Windmühle

mit Cylinder, dicht an der Pudewitzer Chaussee, eine Meile von dem Bahnhof Pudewitz, ist nebst Garten zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt der Tischlermeister **Valeryan Szymański** in Kostrzyn.

Gutes Mehl- und Vorkostgeschäft, Konkurrenz frei, ist Umstände halber zu verkaufen. Off. postlag. W. L. 10.



32 Stück kernfettes Mastvieh, Stiere und Fersen, offerirt Dom. Rogowo, Poststation.

---

28 Stück Mastvieh,

3- u. 4jährige Stiere, stehen zur sofortigen Abnahme in Damaslaw b. Janowitz.

Eine **Parthie Spielwaaren** ist billigst abzugeben.

Joseph Basch, Markt 59.

Fr. böhm. Fasanen, Helg. Hummern, fr. engl. Austern, feinsten Chester, Cammembert, Roquefort-Käse etc.

Fr. span. Trauben, ital. und Tyroler Aepfel empfiehlt

Jacob Appel,
Wilhelmstr. 7.

Wieder angekommen!

Bunte Stickereien, Teppiche, Schuhe, wie auch Blumen, Federn und andere Gegenstände bei

M. Bergheim,
Judenstraße 15, 2. Et.

Glanz-Plätten nebst Bolzen

sind wieder in großer Auswahl zu billigstem Preise vorräthig bei

C. Preiss,
Posen,
Alter Markt Nr. 7.

Polisander Stutzflügel, gut erhalten, schöner Ton, für M. 150 zu verkaufen, **Jerzyce 3.**





Malz-Extrakt u. Honig-Kräuter-Malz-Extrakt-Caramellen von **L. H. Pietsch & Co.** in Breslau.

Nur echt, wenn die vorgedruckte Schutzmarke auf den Etiquetten steht.

Zu haben in Posen in der **Rothen Apotheke**, Markt 37, in **G. Brandenburg's Apotheke z. Aeskulap**, bei **Krug & Fabricius**, in Schrimm bei **Madalinski & Co.**, in Grätz bei **A. Unger**, in Czarnikau bei **Gebr. Boetzel**, in Filehne bei **R. Zeidler**, in Wongrowitz bei **St. Baranowski.**

Lungenleiden.

Auch an mir hat sich Ihr **Huste-Nicht prächtig bewährt**, denn schon nach dem Gebrauch von 3 kleinen Fläschchen war mein Husten **beseitigt.** Da ich aber herz- und lungenleidend bin und auch in dieser Hinsicht Erleichterung verspüre, so setze ich den Gebrauch Ihres Extraktes fort. Ihr ergebener

Schaube, emer. Lehrer u. Cantor.

Thee

in extrafeiner Qualité von 3 Mk. an,

Roh-Caffé's

in reinschmeckend. Qualité von 90 Pf. an empfiehlt und versendet Proben prompt

Jacob Appel,
Wilhelmstr. 7.

Koscher Fleischwurst von gutem Geschmack und sauberer Zubereitung liefert franco auch nach auswärts, à Pfd. 70 Pf.

W. Bukofzer,
Wurstfabrikant,
Bromberg, Kirchenstr. 9.

Auf dem Mühlengute **Promno** sind zu verkaufen

200 Ztr. Heu und 50 Schock gutes Dachrohr.

Preis nach Uebereinkommen.

Kölner Dombauloose.

Geldgew. Hauptgew. M. 75,000 baar ohne jeden Abzug. Zieh. 13./15. Jan. 1881. Nur Originalloose vers. à M. 3,50 incl. fr. Zus. amtl. Gew.-Liste, der Hauptcollecteur **A. J. Pottglesser** in Köln. **Wiederverkäufer erh. Rabatt.**

Besitzer von Sägewerken,

welche kieferne und tannene Kanthölzer nach Liste schneiden lassen, werden um ihre Adresse ersucht, unter **D. H. 423** an d. **Zentral-Annoncen-Expedition** von **G. L. Daube & Co., Frankfurt a. M.**

Hotel-Eröffnung.

Mein hierorts ganz neu erbautes, komfortabel eingerichtetes **Hotel „Kaiserhof",** empfehle einem geehrten Publikum zur geneigten Beachtung.

Obersitzko, den 24. Nov. 1880.

S. Ritzewoller.

Schießstraße Nr. 6, 1 Tr., eine Wohnung von 2 Zimmern, Küche, Wasserleitung u. Nebengelaß vom 1. Dezember abzugeben.

Eine Part. Wohnung von 4—5 Zimm. im oberen Stadttheil gesucht. Gef. Off. unter **E. K.** per sofort in der Exped. d. Pos. Ztg. erbeten.

Ein möbl. Zimm. bill. zu verm. Schulstr. 13, 2 Treppen, links.

Einige Zimmer (möblirt, auch unmöblirt) für einige anständ. Herren sind gleich oder vom 1. Dzmbr. ab, mit auch ohne Beköstigung, Wasserstraße 2, II. billig zu haben.

Ein oder zwei fein möbl. Zimmer sofort zu vermiethen

Bismarckstr. 7, parterre.

Durch das **Bureau de Placement** von **A. Froese, Berlin W.**, Bülowstraße 77 werden per sofort und später gesucht: 30—40 Commis, Oekonomen, Förster, Gärtner, Hauslehrer, Erzieherinnen 2c. Honorar **nur** für wirkliche Leistungen.

Eine gepr. Erzieh. sucht Privatst. od. Engagem. Kanonenplatz Nr. 8, b. **E. Hermann**, Seminarlehrerin.

Für Photographen.

Eine Dame, die in Positiv- u. Negativ-Retouche sehr tüchtig ist, sucht außer dem Hause für einen auffall. billigen Preis Beschäftigung. Adr. **B. B. 12** postlagernd.

Ober- und Förster.

Mehrere t. Oberförster u. Förster, wie Wirthschafts - Beamte aller Grade suchen Stellen v. j. Z. durch das Zentral-Stell.-Verm.-Bureau in **Posen.**

Einen gewandten

jungen Mann

für Speditionsgeschäft plazirt von gleich. Persönliche Vorstellung erforderlich.

J. Blum, in **Thorn.**

Ein Lehrling

mit schöner Handschrift wird für ein hiesiges Comptoir gesucht. Off. sub **A. Z. 150** i. d. Exp d. Z.

Eine tüchtige, der poln. Sprache mächtige

Wirthschafterin,

welche mit der Küche, Federvieh- u. Schweinezucht vertraut ist, wird z. 1. Januar 1881 gesucht. Zeugnisse und Gehaltsansprüche einzusenden an das Dominium **Marschew** bei **Pleschen.**

Ein mit der Küche vertrautes, mit der Wäsche bekanntes **Mädchen** wird gesucht. Näheres in der Expedition d. Blattes.

Für ein lebhaftes Materialwaaren-Geschäft wird ein der deutschen wie polnischen Sprache mächtiger

flotter Expedient

per sofort gesucht sub **E. E. 80** in der Exped. d. Ztg.

---

1 Kommis für Kolonialwaarengesch., 1 Kommis für Destillationsgeschäft werden gesucht durch Kommissionär **Szuszkiewicz,** Schuhmacherstr. 14.

Eine gesunde Amme, unverh. erfahrene Gärtner mit guten Zeugnissen, Wirthinnen, Stubenmädchen, Köchinnen und anderes Dienstpersonal empfiehlt **J. Zwolinska,** Miethsfrau, St. Martin 13.

Ein junges Mädchen sucht zur Hilfe im Kindergarten **Anna Michel.** Von 4 Uhr ab zu sprechen

St. Martin 24, I.

Dom. Działyn b. Gnesen wünscht vom 1. Dezember c. einen verheir. Brennerei-Verwalter, welcher seine Tüchtigkeit, ebenso Nichtbestrafung wegen Steuerdefrauden durch gute Atteste nachweisen muß. — Henzebetrieb mit kont. Apparat, ca. 17,000 Liter pro Tag. Tantième-Betrag 3—4000 M. per Betriebskamp.

Als Hofschmied

suche eine Stelle per 1. Jan. 1881 anzuziehen. Offerten erbitte unter **H. Seiffert,** D.-Boruy b. Hammer.

Ein unverh. Brennerei-Verwalter sucht, gestützt auf gute Zeugnisse und Empfehlungen, ein anderes Engagement, wenn möglich in einer größeren Dampf-Brennerei. Betrieb bis 200 Ctr. Derselbe ist 13 Jahre beim Fach, 33 Jahre alt, und kann Caution bis 1200 Mk. stellen. Gef. Offert. unter A. B. 140 postlagernd Falkstätt.

Einen erfahrenen, tüchtigen

Inspektor,

der deutschen u. polnischen Sprache mächtig, sucht per 1. Januar 81

Dom. Trzemzal per Tremessen.

Familien-Nachrichten.

Statt besonderer Meldung.

Die Verlobung meiner Tochter **Amalie** mit dem Herrn **Meyer Wrzeszynski** in **Pudewitz** beehre ich mich anzuzeigen.

Posen, den 25. November 1880.

Wwe. Henriette Broh.

Meine liebe Frau **Amalie,** geb. **Traeger,** ist am 23. d. M., Abends 6 Uhr, von einem muntern Knaben entbunden.

Tworkowo bei Chludowo.
Wilhelm Kirschstein.

Am 24. d. verschied nach langen schweren Leiden meine theure Mutter

Marianna Nowacka.

Die Beerdigung findet Sonnabend Vormittags 10 Uhr statt.

Neustadt a. W., d. 25. Nov. 1880.

Joseph Nowacki.

Heute früh 7 Uhr verschied sanft nach langem Leiden unser geliebter Gatte und Vater, der Böttchermeister

Carl Schleevoigt

in seinem 62. Lebensjahre, was tiefbetrübt anzeigen.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Posen, den 25. Nov. 1880.

Handwerker-Verein.

Freitag, 26. November, Abends 8 Uhr, im kleinen Lambert'schen Saale:

Freie Besprechung über Nahrungsmittel, Liebig'schen Fleisch-Extract, neueste Verbesserungen der Telephonie 2c. 2c.

Loose

zur Silber-Verloosung zum Besten des **Zoologischen Gartens in Hamburg,**

Ziehung am 1. Febr. 1881

sind à 3 Mk., für Auswärtige mit Frankatur à 3 M. 15 Pf. in der Expedition der Posener Ztg. zu haben.

Donnerstag, d. 2. Dezbr. 1880, Abends 7½ Uhr,

Bazar-Saal:

Concert

von Herrn **Gerhard Brassin,** Violin-Virtuose unter gefälliger Mitwirkung des Herrn

W. Behré,

Pianist.

Das Programm bringen die nächsten Zeitungen. **Nummerirte** Sitzplätze à 3,00, **unnummerirte** à 2,00, **Stehplätze** à 1,50 zu haben in der **Hof-Buch- u. Musikalienhandl.** von

Ed. Bote & G. Bock.

Mein diesjähriger Cursus für

Stotterer

beginnt in **Berlin** am **15. Dezember** cr. Heilverfahren mehrfach staatlich ausgezeichnet, nicht Tactmethode (siehe „Wesen des Stotterns" in Nr. 13 Jahrg. 1878 und Nr. 5 Jahrg. 1879 der Gartenlaube). Anmeldungen direct an die **Rudolf Denhardt'sche** Anstalt in **Burgsteinfurt Westfalen."** Genaue Adresse. Prospecte mit amtl. Zeugn. 2c. gratis.

Rudolf Denhardt.

Ein mir unbekannter Herr hat am 15. d. M. gelegentlich des Kaufs von drei Bändchen aus der Thaer-Bibliothek 10 M. auf dem Ladentische liegen lassen. Gegen Legitimirung und Erstattung dieser Insertionskosten steht der Betrag zur Verfügung.

Louis Türk.

Das für den **29. November** angekündigte Konzert von **Pauline Fichtner-Erdmannsdörfer** u. **Max Staegemann** findet **nicht** statt.

Gegen Rückgabe der Billets wird der Betrag zurückgezahlt.

Ed. Bote u. G. Bock.

Donnerstag, den 9. Dezember 1880, Abends 7½ Uhr.

Bazar-Saal.

CONCERT

von **Frl. Sophie Fernow,** Pianistin, **Frl. Beate Wuerst,** Concertsängerin, **Herrn Joseph Kotek,** Violinvirtuosen a. Moskau.

Nummerirte Sitzplätze à 3 Mark, **unnummerirte** à 2,00, **Stehplätze** à 1,50 zu haben in der Hofmusikalien-Handlung von

Ed. Bote & G. Bock.

Frische

Natives-Austern

à Dtzd. 2,50 M.

Carl Ribbeck.

Anmeldungen

zu dem im Januar beginnenden **dritten Cursus,** Honorar nur 15 Mk., werden entgegengenommen **Friedrichsstr. 16,** Hinterhaus, I. Privatstunden in u. außer dem Hause.

A. Nerges-Dubois. Balletmeisterin.

Hochzeits - Gedichte, Toaste, Tafellieder fertigt an **Malwina Warschauer,** Markt 74, II.

Stadt-Theater.

Freitag, den 26. November 1880: 4. Auftreten des Direkt. Scherenberg.

Zum ersten Male:

Rosenkranz und Güldenstern.

Lustspiel in 4 Aufzügen von Michael Klapp.

*** Baron Rosenkranz —, *** Dir. Scherenberg.

Polnisches Theater.

Freitag, den 26. November:

Schöne Helena.

Komische Operette von Offenbach.

S. Heilbronn's Volksgarten - Theater.

Freitag, den 26. November cr.:

Das Milchmädchen von Schöneberg.

Volksstück mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern von W. Mannstädt.

Die Direktion.
B. Heilbronn.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Adelheid Ritscher mit Hrn. Fritz Fischer in Sagan. Frl. Clara Ratjen mit Gutspächter Rudolf Kirchhof in Nienburg—Gut Brokeloh. Frl. Ella Kaeswurm mit Gutsbesitzer Benno Moeller in Ballgarden—Uszballen.

Verehelicht: Hr. August Brunke mit Frl. Maria Ballin. Hr. Max Bril mit Frl. Selma Bruck. Hr. Franz Friedberg mit Frl. Elsa Herz. Hr. August Koebe mit Frl. Jul. Miersch. Hr. Jakob Hütten m. Frl. Sophie Kappes in Düren.

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Julius Strich in Königsberg. Hrn. Felix Freiherr v. Wittgenstein in Fasanerie bei Laasphe. Hrn. Eugen Sy. Hrn. Freiherr v. Hammerstein auf Gut Lorten. Königl. Kataster-Kontroleur Ledon in Bublitz.

Gestorben: Frau Zimmermeister Anna Buhtz, geb. Behrens. — Hr. Levy Solmitz. Frl. Amanda Gomansky. Kanzleirath Friedr. Müller. Hr. Karl Posner. Postsekretär Karl Greifer. Kaufmann Michael Michaelis in Köpenick. Frl. Pauline Freiin v. Reiswitz, Vorsteherin der kgl. Luisenstiftung. Postdirektor a. D. Heinrich Born in Charlottenburg. Frl. Adelhaide v. Langenau in Schweidnitz. Frau Oberst-Lieut. Maria v. Madai, geb. v. Latorff in Halle. Frau Anna v. Heydebrand und der Lasa, geb. v. Helldorff in Baden-Baden.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.